

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 85

Juni/Juli 2017



Braucht Celle Neubaugebiete?

INHALT

Braucht Celle Neubaugebiete?	
Alternative: Jung kauft alt	3
Mehr Fläche fürs Fahrrad	6
Interview mit Claus Stahl (ADFC)	
Mehr Geld pro Kopf und Jahr	7
Leerstände beenden – Innenstadt beleben	
Kommt die Zwischennutzungsagentur?	9
Ein soziokulturelles Schiffsprojekt zu Flucht	
Mit Sicherheit gut ankommen	11
Rheinmetall-Blockade	
Aktionstage gegen Rheinmetall	12
Meldungen	14
Laternengespräche: Mexikaner gegen Trump	16
Rheinmetall plant Joint-Venture für Panzerfabrik	
Rheinmetall-Panzer für Erdogans Türkei	18
Interview mit Karima Popal-Akhzarati	
Rassismus ist ein Machtverhältnis	20
Eschede-Demonstration und „Spaziergang“	23
Review: Morblus im Herzog Ernst	24
... sich den Nazi-Vater von der Seele zu schreiben	
Buch zum CZ-Redakteur Hans Nolte	25
Im Wald und auf der Heide / III. Revista-MG-Cup	...26
Protestwelle gegen G20 in Celle	27
G20 – Teil des Problems (von Werner Rätz)	28
Europa, die EU und die Militarisierung der EU	30
Ein Mosaik linker Europakonzeptionen?	32
Kino achteinhalb	34



Hallo werte Leser*innenschaft,

unser letztes Heft hat (endlich mal) kritische Leser*innen-Reaktionen ausgelöst. Einerseits war es das Luther-Bashing an dieser Stelle, andererseits unsere Skepsis gegenüber „Pulse of Europe“. Zu „Luther“ sagen wir einfach mal: „Daher kann und will ich nichts widerrufen, weil wider das Gewissen etwas zu tun weder sicher noch heilsam ist.“ Zu „Pulse of Europe“ haben wir am Ende des Heftes zwei Artikel hereingenommen, die einerseits zeigen, woher unsere Skepsis kommt, und andererseits aber das Eingeständnis beinhaltet, dass linke europa-kritische Geister sehr unterschiedliche Perspektiven diskutieren.

Selbstkritisch müssen wir eingestehen, dass wir im vergangenen Heft mit der Veröffentlichung des „Brandbriefes“ einen Fehler gemacht haben. Wir hielten den Forderungskatalog von ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen für einen „Offenen Brief“, als der er aber – wie die Beschwerde uns zeigte – nicht gedacht war.

Wir gehen jetzt in unsere Sommerpause. Das nächste Heft erscheint Anfang September, also noch vor der Bundestagswahl.

Ach ja: Wir verzichten mal auf den üblichen Spendenaufruf und laden euch statt dessen ein zur III. revista-Minigolf-Open (siehe Seite 26).

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

„Wenn wir alle Möglichkeiten der Altbauten ausschöpfen, brauchen wir keinen Neubau.“

„Jung kauft alt“ statt Neubaugebiete



Celle will wachsen. Und um dieses Wachstum zusätzlich zu stimulieren, sollen Neubaugebiete ausgewiesen werden. Das jedenfalls gab Oberbürgermeister Dr. Jörg Nigge noch vor seiner Amtseinführung zu Protokoll: „Das große Interesse am Neubaugebiet Kieferngrund hat gezeigt, dass der derzeitige Bedarf das Angebot übersteigt. Es wird daher eine vorrangige Aufgabe sein, noch in diesem Jahr Baugebiete auszuweisen.“ (CZ, 14.01.2017) Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, Michael Bischoff (CDU), sekundierte: „Mit dem neuen Oberbürgermeister werden wir auch wieder neue Baugebiete bekommen.“ Damit begab sich der neue Rathauschef und die CDU-Fraktion in Widerspruch zu einem Marketingkonzept „Celle als Wohnstandort / Positionierung als attraktiver Lebensmittelpunkt“, das die Verwaltung im vergangenen Jahr erarbeitet hatte. Sowohl die eine wie die andere Position erfolgt fast ausschließlich unter Gesichtspunkten von Nachfrage und Bedarf. Ökologische Kriterien fallen unter den Tisch. Wir werden im Folgenden die Standpunkte vorstellen und um eine Perspektive der Nachhaltigkeit erweitern.

Es ist noch nicht lange her, da war die Diskussion be-

stimmt von düsteren demografischen Prognosen. Weniger und älter – so wurde die Zukunft hinsichtlich Celles Bevölkerung beschrieben. Vor allem der Zuzug durch Geflüchtete hat diese Prognose durchkreuzt, zumindest für den Fall, dass sie in Celle bleiben (wovon aber nicht unbedingt auszugehen ist). Erstmals seit längerem hatte die Stadt Ende 2015 wieder über 70.000 Einwohner*innen. Auf dem Wohnungsmarkt entstanden trotzdem kaum Engpässe, denn durch den Abzug der britischen Truppen waren ja vor kurzem viele Immobilien frei geworden.

Das „Marketing-Konzept“ der Verwaltung ist trotzdem von der „Vision“ getragen, bis zum Jahr 2025 ein Bevölkerungswachstum auf 75.000 zu generieren. Dabei geht es um drei Zielgruppen:

1. Paare oder Einzelpersonen in der zweiten Lebenshälfte,
2. Junge Paare, die in Celle leben und in Hannover arbeiten,
3. junge Familien.

Für die erste Zielgruppe sieht die Stadt die besten Chancen, weil mit der Bebauung der Allerinsel und des Geländes der ehemaligen Feuerwehrhauptwache qualitativ hochwertige Angebote in der bevorzugten Zentrumsnähe zur Verfügung stehen werden.

Zur zweiten Zielgruppe heißt es im Marketing-Konzept: „Die Nachfrage nach Wohnraum in der Stadt und Region Hannover ist derzeit so stark, dass sie durch das kurz- und mittelfristig vorhandene Angebot aller Voraussicht nach jedoch nicht gedeckt werden kann. Celles Chancen auf eine Wahrnehmung als guter Alternativstandort werden hierdurch gestützt.“ Die Zielgruppe sei vor allem an Mietimmobilien interessiert. Celles Nachteil sei, dass Bedürfnisse bei der Freizeitgestaltung „nur bedingt“ erfüllt werden könnten: „Scene-Lokale, Kneipen, Nachbarschaftstreffs, Kultur- und Künstleraktivitäten wie sie in Großstädten oder studentisch geprägten Städten vorkommen, sind in Celle rar.“ Ein weiterer dämpfender Aspekt sei die fehlende Anbindung an den GVH Verbund der Region Hannover.

Bei der Frage „Neubaugebiete“ geht es dann um die dritte Zielgruppe: die jungen Familien. Während in Großstädten wohl eine Tendenz zu beobachten ist, dass junge Familien zentrumsnahes Wohnen bevorzugen, ist die Situation im Landkreis Celle konträr:

„Neubaugebiete sind so stark nachgefragt wie noch nie. Baugrundstücke mit guter Anbindung an den Wirtschaftsraum Hannover, aber auch Wolfsburg/Braunschweig boomen. Starke Zuwächse dieser Zielgruppe wurden bisher da generiert, wo dieses Segment in entsprechendem Umfang angeboten wird. Das in den

nächsten Jahren in Celle bereitstehende Angebot an Bauplätzen wird die Nachfrage bei angenommener anhaltender Tiefzinsphase nicht decken können.“

Die Fachverwaltung sieht gleichzeitig eine Konkurrenz zu den Landkreisgemeinden. Gemeinden mit Anschluss an den Raum Hannover, aber auch an den Raum Wolfsburg / Braunschweig haben in den letzten Jahren Einwohner*innen-Zuwächse zu verzeichnen. Dies sei auf die Ausweisung von Neubaugebieten und Nachverdichtungen zurückzuführen. In Lachendorf, Wietze, Wathlingen, Nienhagen und Adelheidsdorf würden zusätzliche Neubaugebiete ausgewiesen. Das Marketing-Konzept der Fachverwaltung zieht daraus eine andere Konsequenz, als sie – wie eingangs zitiert – dem neuen Oberbürgermeister vorschwebt: „Die Konzentration der Gemeinden auf das Segment Neubau von Einfamilienhäusern birgt für Celle die Chance, im Segment Eigentums- und Mietwohnungen zu punkten.“

Und für die Zielgruppe der jungen Familien wird konzeptionell vorgeschlagen, den vorhandenen Altbestand an Einfamilienhäusern gewissermaßen der kommenden Generation zu übergeben:

„Mittel- bis langfristig besteht für Celle eine Möglichkeit, jungen Familien die Vorteile einer Wohnimmobilie aus dem Bestand nahezubringen. Die ältere Generation ist zunehmend geneigt, sich frühzeitig mit den Vorstellungen von Wohnen in der zweiten Lebenshälfte zu befassen. Es werden Überlegungen angestellt, sich von Pflichten und Lasten zu befreien und daher das Einfamilienhaus gegen eine komfortable Wohnung zu tauschen. Diese Häuser stehen in der Folge wieder Familien zur Verfügung. Sinnvoll ist es, den Nachnutzern unabhängige Beratungsleistungen und Begleitung bei der in der Regel notwendigen Sanierungen und Modernisierungen anzubieten. Möglicherweise auch bei großen Grundstücken über Teilungsmöglichkeiten zu informieren.“

Das klingt durchdacht. Schon heute sind in einigen Stadtquartieren Leerstände zu beobachten. Diese Leerstände würden nicht weniger werden, sondern zunehmen, wenn am Markt eine zusätzliche Konkurrenz durch Neubaugebiete entsteht.

Leider ist nicht unbedingt zu erwarten, dass eine Ratsmehrheit sich einfach von den guten Argumenten überzeugen lässt. Im Stadtrat sitzen mehrheitlich Menschen, zu deren Lebensplan wie selbstverständlich das Eigenheim gehörte. Hier die Perspektive zu ändern und sich nicht den Einflüsterungen der Bau- und Banklobby zu beugen, dürfte einigen schwerfallen. So äußerte etwa SPD-Fraktionschef Jörg Rodenwaldt: „Wir müssen verhindern, dass Häuslebauer in den Landkreis abwandern.“ Seine Fraktion schlug vor, den Bereich des Sportplatzes der ehemaligen Kaserne an der Hohen Wende für 40 Bauplätze vorzusehen.

Immerhin unterstützt die Fraktion Die Linke/BSG die Verwaltungslinie. Sie hat beantragt, dass im Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing über das Konzept „Jung kauft alt“ informiert wird. Vor zehn Jah-

ren beschloss die NRW-Gemeinde Hiddenhausen, dass junge Familien beim Kauf einer Altbauimmobilie finanzielle Zuschüsse von der Gemeinde bekommen. Um die Nutzungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Umbau- und Sanierungskosten von Gebrauchtimmobiliën fachkundig abschätzen zu lassen, fördert die Gemeinde die Erstellung eines Altbau-Gutachtens. Dieses Konzept ist inzwischen von über 50 Städten und Gemeinden übernommen worden, u.a. von der Stadt Bergen im Landkreis Celle (siehe Kasten).

Verbietet das Bauen!

In der Konkurrenz zwischen den Städten und Gemeinden treten übergeordnete Aspekte schnell in den Hintergrund. Dabei ist eigentlich eins unstrittig: Der stete Flächenverbrauch für neue Siedlungs- und Verkehrszwecke entzieht Flächen den natürlichen Kreisläufen. Die Zersiedlung erzeugt auch mehr Verkehr. Die Bundesregierung will den Flächenverbrauch bis 2020 daher auf 30 Hektar pro Tag senken. (Zum Vergleich: Ein Fußballfeld ist etwa 0,7 ha groß.) Und auch wenn das Tempo des Flächenneuverbrauchs in den letzten Jahren zurückgegangen ist, ist der Verbrauch aktuell noch doppelt so hoch.

Eine Umwandlung von Freiflächen, vor allem von landwirtschaftlichen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen hat verschiedene negative Auswirkungen auf die Ökologie:

- Zerschneidung und Fragmentierung von Natur- und Lebensräumen, was den Erhalt der biologischen Vielfalt gefährdet.
- Schädigung von Böden, da Filter-, Puffer- und Le-

Förderprogramm der Stadt Bergen „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“

Die Stadt Bergen fördert den Erwerb von Altimmobiliën im Stadtbereich. Es gibt zwei Fördermöglichkeiten: Zum einen einen einmaligen Zuschuss für die Erstellung eines Altbaugutachtens im Vorfeld des geplanten Erwerbs einer Altimmobilie. Zum anderen wird der Erwerb einer Altimmobilie mit einer jährlichen Förderung über eine Laufzeit von max. 5 Jahren gefördert.

In beiden Fällen muss die Immobilie mindestens 25 Jahre alt sein (ab Bezugsfertigstellung). Für beide Fördermöglichkeiten ist der Grundbetrag der Förderung 600,- €. Durch zum Haushalt des Antragstellers gehörende Kinder erhöht sich der Grundbetrag um 300,- € je Kind bis zu einer max. Förderung von 1.500,- € bei Altbaugutachten / pro Jahr bei Altbauerwerb. Kommen während der Laufzeit der Förderung eines Altbauerwerbs Kinder hinzu, so erhöht sich auf Antrag die Förderung ab der Geburt ebenfalls um 300,- € (max. bis 1.500,- € pro Jahr).

bensraumfunktion nicht oder nur begrenzt erhalten werden.

- negative Auswirkungen auf den Wasserhaushalt durch Versiegelung.
- Zersiedlung führt zu mehr Verkehr und entsprechenden Schadstoffemissionen.

Dazu kommen negative soziale Auswirkungen:

- Flächenausweisungen im Außenbereich führen fast zwangsläufig zu Leerständen im Siedlungsbestand.
- längere Wege zum Arbeitsplatz, Schulen, Versorgungseinrichtungen und andere Infrastrukturen, sind häufig nurmehr mit dem Auto zu erreichen.

Der Architekturfachmann Daniel Fuhrhop forderte deshalb vor zwei Jahren mit einer Streitschrift „Verbietet das Bauen!“ Er meint: *„Wir müssen die Grenzen des Wachstums endlich auch beim Bauen erkennen. Bauen scheint bislang so selbstverständlich wie in der Rede- wendung, dass ein Mann drei Dinge in seinem Leben tun müsse: ein Kind zeugen, einen Baum pflanzen und ein Haus bauen. Abgesehen davon, dass eine solche Regel heute für Männer und Frauen gelten müsste, hat der Hausbau in dieser Reihe nichts mehr zu suchen. Irgendwann haben wir genug Häuser gebaut. Bauen ist kein Grundrecht.“*

Deshalb fordert er eine radikale Kehrtwende: *„Bauen wir also nicht mehr neu, sondern kümmern wir uns um unsere vorhandenen Häuser: Abriss verhindern, Leerstand beseitigen und die Häuser weiter, neu und besser nutzen. Wenn wir alle Möglichkeiten der Altbauten ausschöpfen, brauchen wir keinen Neubau.“*

Dabei entzaubert er diverse Mythen, so auch das scheinbar ökologische Bauen. Denn jenseits des Selbstverwirklichungsdrangs der Bauherr*innen scheint der Neubau als einziges rationales Argument die bessere Ökobilanz auf seiner Seite zu haben. Dem Klima aber würde er aus drei Gründen trotzdem schaden: Verkehr, Fläche und Energie. Die Argumente zu längeren Verkehrswege und Flächenverbrauch sind schon genannt. Und auch bei der Energiebilanz lohnt ein genaueres Hinschauen: *„Die vermeintlich ökologischen Häuser [schaden] dem Klima wegen der für den Bau benötigten Energie: Ihre Baustoffe wurden abgebaut oder hergestellt, dann zur Baustelle transportiert und dort verbaut. All die dafür erforderliche »graue Energie« ist in Form der Steine und Materialien im Haus gespeichert. »Neubauten sparen niemals Energie«, schrieb darum schon 1995 der Architekt Günther Moewes in seiner Streitschrift »Weder Hütten noch Paläste.«* In seiner lesenswerten Streitschrift listet Fuhrhop am Ende 50 „Werkzeuge, die den Neubau überflüssig machen“ auf, die untergliedert sind in folgende Kapitel: Modernisieren statt abreißen, Altes und Neues richtig bewerten, Leerstand kennen, Leerstand nutzen, Leerstand beseitigen, Keine Platzverschwendung privat, Nichtbauen, Umbauen, Mut zur Nähe, Gemeinschaftlich wohnen, Umzüge fördern, Beliebte Regionen abwerten ..., ... weniger beliebte Regio-

Alte Häuser muss man erst mal gründlich begutachten und dann darüber nachdenken, wie sie zu verbessern wären, während man beim Neubau munter drauflospflanzen kann. Am einfachsten ist es, wenn vorher am gleichen Ort nichts stand, denn ein Acker leistet keinen Widerstand. So bringt Bauen das Prometheus-Gefühl, alles neu aus dem Nichts zu erschaffen. Als Symbol für das Neue lieben Politiker den ersten Spatenstich, stattdessen bräuchten wir als Symbol für die Pflege des Alten den ersten Spachtelstrich. [...] Doch bisher wird selbst da ständig neu gebaut, wo es außer Aktionismus wirklich keinen Grund dafür gibt.

Daniel Fuhrhop

nen aufwerten. Dabei handelt es sich größtenteils um Empfehlungen, die auch und gerade auf der kommunalpolitischen Ebene diskutiert werden sollten.

Quellen: Celle.Dein Zuhause. Wohnen - Leben - Wohlfühlen. Positionierung Celles als attraktiver Lebensmittelpunkt (Autorin: Christina Jung, FD 04, Stadtmarketing)

Daniel Fuhrhop: *Verbietet das Bauen!*, ISBN-13: 978-3-86581-733-4, oekom Verlag München 2015. 192 Seiten, 17,95 €.

Von Daniel Fuhrhop gibt es auch einen blog, siehe: <http://www.verbietet-das-bauen.de/>



Forderung: Mehr Fläche fürs Fahrrad

In Celle ist nicht alles schlecht, aber vieles muss besser werden. Das war das Fazit einer Veranstaltung der Initiative LIST (Land in Sicht – Transition) zum Fahrradverkehr. Gut 30 Interessierte waren gekommen. Als Ausgangspunkt für die Diskussion im Kino achteinhalb wurden Ausschnitte aus dem Film "Fahrradkrieg – Wem gehört die Stadt?" gezeigt. Weitgehend einig waren sich die Teilnehmer*innen, dass in Celle der PKW-Verkehr bevorzugt wird. Zu den wesentlichen Forderungen gehörte deshalb, dass dem Fahrradverkehr mehr Fläche eingeräumt werden muss. Bei gewachsenen Strukturen bedeutet dies, dem Autoverkehr Raum zu nehmen.



Als Experten hatte die Initiative LIST Claus Stahl vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) eingeladen. Er kommentierte fundiert die Kritik und die Vorschläge der Anwesenden. Dabei unterstützte er die Forderung nach einer Zielvorgabe für den Fahrradverkehr. In Amsterdam – so zeigte der Film – hat der Fahrradverkehr einen Anteil von 60 %, in Deutschlands Fahrradhauptstadt Münster sind es 40 %. In Celle lag der Anteil laut Klimaschutzkonzept vor zehn Jahren bei 27 %. Verbessern lässt sich dies nur mit einer Offensive für das Radfahren in der Stadtentwicklungspolitik.

In der Diskussion wurde eine Mängelliste zusammengetragen. Claus Stahl machte darauf aufmerksam, dass die "AG Fahr Rad in Celle", in der die Stadt, die Polizeiinspektion und der ADFC zusammenarbeiten, auf der Internetseite der Stadt einen Fragebogen zur Erfassung von Gefahrenstellen und Mängeln anbietet.

Aufgrund der aus der Runde vorgebrachten Erfahrungen wurden aber auch allgemeine Wünsche deutlich. Übereinstimmende Meinung war, dass die Ausweitung der Tempo-30-Zonen ohne großen Aufwand eine deutliche Verbesserung der Situation für Radfahrerinnen und Radfahrer bringen würde. Vermisst wurde in Celle eine eindeutige Kennzeichnung der Radwege, wie sie z.B. in Münster, aber auch vielen anderen Städten zu finden ist – nämlich, dass Radwege rot sind. In Celle gäbe es, insbesondere bei gepflasterten Verkehrsräumen, leider ein

buntes Durcheinander.

Die von allen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu fordernde Rücksicht wird in Celle an manchen Ecken dadurch erschwert, dass ein Sichtkontakt nur unzureichend möglich ist. Zudem würden teilweise die einfachsten Regeln verletzt. Beispielhaft wurde darauf hingewiesen, dass PKW beim Überholen von Fahrrädern mindestens einen Abstand von 1,5 Metern einhalten müssen.

Freimütig räumte die Diskussionsrunde ihren Ärger über die vielen Radlerinnen und Radler ein, die Nachts ohne Licht fahren würden und so zwar vor allem sich selbst, aber eben auch andere gefährden würden.

Celle sollte, so das Fazit der Diskussionsleiterin Cornelia Döllermann-Nölting, in den kommenden Jahren weit mehr in die Verbesserung des Fahrradverkehrs investieren als vorgesehen. Dies sei der erfolgversprechendste Weg, um insgesamt die Verkehrssituation zu entspannen und den Umstieg aufs Fahrrad, zum Beispiel auch für den Weg zur Arbeit attraktiver zu machen.



Critical Mass – mal wieder

Am letzten Freitag im April hat es wieder geklappt. Erstmals seit langem kamen die erforderlichen 16 Leute zusammen. Los ging's beim Rios, dann Fritzenwiese, Nordwall, Hehlentorstraße, Kanzleistraße, Schlossplatz, Westcellertorstraße, Hannoversche Straße, 77-er Straße, Wehlstraße, Nordwall und zurück zum Neumarkt.

Rafft euch mal auf: Jeweils am letzten Freitag im Monat um 18 Uhr geht's los vor dem Rio's.

Mehr als 15 Radfahrende, die erkennbar eine Gruppe bilden, dürfen nach § 27 StVO einen geschlossenen Verband bilden. Dann dürfen sie z.B. zu zweit nebeneinander auf der Fahrbahn fahren. Mit der Aktionsform machen Radfahrende in vielen Städten auf ihre Belange aufmerksam – und haben Spaß dabei.

Mehr Geld pro Kopf und Jahr für den Radverkehr

??: *Du hast im April als Experte des ADFC bei einer Veranstaltung der Initiative LIST viele Fragen zum Fahrradverkehr in Celle beantwortet. Erzähle uns bitte zunächst einmal, was der ADFC ist und wie er seine Arbeit in Celle organisiert.*

!!: Der ADFC ist die Interessenvertretung für Alltags- und Freizeitradler und wurde als gemeinnütziger Verein 1979 in Bremen gegründet. Heute haben wir 160.000 Mitglieder, 450 Kreisverbände und Geschäfts- und Beratungsstellen in 80 Städten. Die Bundesgeschäftsstelle ist in Berlin. - Die Kreisgruppe Celle hat etwa 230 Mitgliedern und rund 10 Aktive, die sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19 Uhr in der Verbraucherzentrale in der Schuhstraße 40 treffen. Gäste sind stets willkommen. Unser Vorstand setzt sich zusammen aus der Vorsitzenden Ingrid Dollinger (adfc-celle(at)t-online.de), dem verkehrspolitischen Sprecher Wilhelm Eggers (radverkehr[at]adfc-celle.de), Volkmar Nehse und dem Kassenwart Detlev Meier.

??: *Als ADFC seid ihr auch Mitglied in der „AG Fahr Rad“ der Stadt Celle. Was treibt diese AG?*

!!: Sie kümmert sich um Umsetzung von Maßnahmen, die das Fahrradfahren in Celle attraktiver und sicherer machen. Dazu hat sie unter anderem einen „Fragebogen zur Verbesserung des Radverkehrs in Celle“ entwickelt, der im Internet verfügbar und dort auszufüllen ist. Zu der AG gehört neben uns noch die Polizei und die Fachverwaltung der Stadt.

??: *Auf der Veranstaltung ist deutlich geworden, dass Radfahrer*innen ohne Ende Mängel im Celler Straßennetz aufzählen können. Was aber müsste sich aus deiner Sicht grundlegend ändern?*

!!: Im Jahr 2015 ist die Stadt Celle der „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen“ beigetreten. Damit hat der Rat zum Ausdruck gebracht, dass Celle eine Fahrradstadt werden soll. Seitdem gibt es auch immer wieder gute Vorschläge aus den Reihen unterschiedlicher Fraktionen. Zum Beispiel hatte die CDU vor zwei Jahren 70.000 Euro zusätzlich für den Radverkehr gefordert.

??: *Ja. Es gab eine fette Überschrift in der CZ. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass auch berichtet wurde, als dieser Vorschlag im Fachausschuss beerdigt wurde – mit berechtigten Argumenten.*

!!: Aber es wäre schon ein Maßstab zu wissen, was die Stadt Celle eigentlich pro Jahr und Kopf für den Fahrradverkehr ausgibt. Der Nationale Radverkehrsplan 2020 (NRVP) der Bundesregierung empfiehlt beispielsweise, in Städten zwischen 6 und 15 Euro pro Einwohner für den Bau und Unterhalt von Radverkehrsanlagen bereit zu stellen. In den Städten mit einer hohen Fahrradattrak-

tivität wird einfach vergleichsweise mehr Geld dafür ausgegeben.

??: *Und konkret?*

!!: Zum Beispiel Radwegebenutzungspflicht dort aufheben, wo die Radwege nicht den Vorschriften entsprechen, da müssten nur die blauen Schilder mit Fahrrad-symbol abgebaut werden. Die Dauer der Grünphasen an Ampeln müssen sich für Radfahrerinnen und Radfahrer deutlich erhöhen. Aber darüber habt ihr in einem der letzten Hefte berichtet. Es müssen weitere Tempo 30-Zonen eingerichtet werden. Es müssen mehr und sichere Abstellplätze, am besten überdacht, her – im Zentrum und am Bahnhof. Die Zahl der PKW-Parkplätze sollte reduziert und dafür Fahrradabstellplätze eingerichtet werden; 8 Fahrräder passen auf eine PKW-Parkplatz. Weitere Einbahnstraßen sollten für den Radverkehr geöffnet werden. Die Oberflächen an Straßeneinmündungen sollten grundsätzlich und einheitlich stufenfrei gestaltet werden.



??: *Du hast auf eine Regel der Straßenverkehrsordnung aufmerksam gemacht, die vielen Verkehrsteilnehmer*innen nicht bekannt ist. Kraftfahrzeuge müssen beim Überholen von Fahrrädern mindestens einen Abstand von 1,5 Metern halten – und da, wo ein Kind auf dem Rad transportiert wird, ist sogar ein Mindestabstand von 2 m einzuhalten. Was heißt das eigentlich z.B. bei man-*

chen schmalere Einbahnstraßen, nehmen wir die Hehlentorstraße oder auch den Südwall?

!!: Ja, das ist so. Fahrradfahrende in der Hehlentorstraße, Südwall, Schuhstraße, Bergstraße, Am Heiligen Kreuz, können und dürfen deswegen nicht überholt werden.

?: In der Veranstaltung gab es einen nicht ganz aufgelösten Widerspruch hinsichtlich dessen, was nun eine Fahrradstraße ist. Da die CDU-Fraktion im Stadtrat Fahrradstraßen fordert, wäre ja ganz interessant zu wissen, wie wir uns das vorstellen sollen?

!!: Fahrradstraßen sollen grundsätzlich die Attraktivität des Radverkehrs steigern und Vorteile gegenüber dem Kraftfahrzeugverkehr schaffen. Im Prinzip muss dazu nur am Anfang und Ende der Fahrradstraße ein Schild vorhanden sein. Dann ist im Radverkehr erlaubt, nebeneinander zu fahren, und Kraftfahrzeuge sind hier verboten. In der Regel wird es dem Anliegerverkehr mit einem Zusatzzeichen erlaubt. Aber KFZ müssen sich dem Radverkehr anpassen, d.h. Höchstgeschwindigkeit 30 km/h. Leider haben dabei, wenn es nicht speziell geregelt ist, von rechts einbiegende PKW sogar Vorfahrt.



?: Es gibt ja sicher auch etwas im Celler Straßennetz, dass das Herz von Radfahrer*innen beglückt. Was fällt dir dazu ein?

!!: Positiv ist die Öffnung von immer mehr Einbahnstraßen und Fußgängerzonen. Das Parkhaus am Bahnhof ist nach Korrektur sehr zu empfehlen. Es sollen dort weitere 100 Anlehnbügel aufgebaut werden - leider sind sie eckig und nicht rund, warum bloß? Der Radweg Hannoverische Heerstraße Richtung Adelheidsdorf wurde "geglättet", leider bisher nur in einer Fahrtrichtung.

?: Und eine letzte Frage: Es gibt ja kaum etwas Nervigeres, als wenn einem/einer das Rad geklaut wird. Gib' uns bitte mal ein paar Tipps, wie dieses Risiko zu minimieren ist.

!!: Die Kosten für das Schloss sollten mindestens zehn Prozent des Radwertes betragen. Du solltest möglichst zwei Schlösser verwenden und nicht nur abschließen, sondern auch anschließen an Metallgitter, Zaun, Schild, Radständer ... Und es ist sinnvoll, das Rad codieren zu lassen - von der Polizei oder z.B. auch bei Jacobi oder Brand.

Fahrradklima-Städteindex vom ADFC

Celle mit – nur noch 4,0

Der ADFC-Fahrradklima-Test ist das „Kundenbarometer“ der Radfahrenden in Deutschland. Über 120.000 Bürger*innen haben im vergangenen Jahr an der Umfrage teilgenommen und die Fahrradfreundlichkeit von mehr als 500 Städten bewertet. Mitte Mai wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Celle hat im Durchschnitt der 27 Bewertungsaspekte eine 4,0 und liegt damit auf Platz 65 von 98 Städten mit Einwohner*innen-Zahlen zwischen 50.000 und 100.000.

Damit ging es im Vergleich zu 2012 und 2014 bergab. Im Jahr 2014 lag Celle mit Note 3,84 Platz 51 von 98 Städten. Und im Jahr 2012 hatte es noch die Durchschnittsnote 3,66 gegeben. Da sich die Situation unterm Strich nicht verändert hat, liegt die schlechtere Durchschnittsnote an den gewachsenen Erwartungen der Radfahrenden. Und auch am größeren Interesse: Hatten sich 2014 59 Bürger*innen an der Befragung beteiligt, waren es im vergangenen Jahr 213.

Die fahrradfreundlichsten Städte Deutschlands sind:

Über 200.000 Einwohner: 1. Münster (3,07), 2. Karlsruhe (3,09), 3. Freiburg i.Br. (3,28). **100.000 – 200.000 Einwohner:** 1. Göttingen (3,29), 2. Hamm (3,32), 3. Erlangen (3,34). **50.000 – 100.000 Einwohner:** 1. Bocholt (2,29), 2. Nordhorn (2,59), 3. Wesel (3,02).

Aufgeholt haben nach Einschätzung des ADFC Städte, die den Radverkehr zur Chefsache machen. Karlsruhe setzt auf eine Mischung aus systematischer Radverkehrsförderung mit messbaren Zielen, einem flächendeckenden Radwegenetz und Kommunikation (Kampagne „Tu's aus Liebe“ für besseres Verkehrsklima), Göttingen (siehe Foto rechts) gewinnt durch den „eRadschnellweg“, das niedersächsische Nordhorn behandelt das Fahrrad überall prioritär.

Der ADFC fordert deutlich höhere Investitionen in den Radverkehr. ADFC-Bundesgeschäftsführer Burkhard Stork sagt: „Utrecht, Amsterdam oder Kopenhagen geben 30 Euro und mehr pro Kopf und Jahr für den Radverkehr aus und nehmen dem Autoverkehr Stück für Stück Flächen weg. In Deutschland liegen wir fast überall deutlich unter fünf Euro und malen schmale Streifen auf die Straße. Wenn Deutschland ernsthaft Autoverkehr auf das Rad verlagern will, brauchen wir mutige Politiker und Pro-Kopf-Investitionen von 30 Euro pro Jahr - und zwar intelligent verteilt auf die Schultern von Bund, Ländern und Kommunen.“

Hier die Celler Noten im einzelnen: Spaß oder Stress = 3,3 / Akzeptanz als Verkehrsteilnehmer = 3,9 / Alle fahren Fahrrad = 2,6 / Werbung für das Radfahren = 4,3 / Zeitungsberichte = 4,4 / Fahrradförderung in jüngster Zeit = 4,2 / Falschparkerkontrolle auf Radwegen = 4,7 / Reinigung der Radwege = 4,0 / Ampelschaltungen für Radfahrer = 4,5 / Winterdienst auf Radwegen = 4,3 / Sicherheitsgefühl = 4,0 / Konflikte mit Fußgängern = 3,7 / Konflikte mit Kfz = 4,2 / Hindernisse auf Radwegen = 4,2 / Fahrraddiebstahl = 4,4 / Fahren auf Radwegen und Radfahrstreifen = 4,3 / Fahren im Mischverkehr mit Kfz = 4,4 / Breite der Radwege = 4,5 / Oberfläche der Radwege = 4,2 / Abstellanlagen = 4,2 / Führung an Baustellen = 5,0 / Fahrradmitnahme im ÖV = 4,9 / Erreichbarkeit Stadtzentrum = 2,3 / zügiges Radfahren = 2,8 / geöffnete Einbahnstraßen in Gegenrichtung = 2,8 / Wegweisung für Radfahrer = 3,3 / Öffentliche Fahrräder = 4,8.

Kommt die Zwischennutzungsagentur?

Prima Idee, aber wir als Stadt haben kein Geld und als Verwaltung keine Ressourcen. Wenn's andere für lau hinkommen, ... So könnte kurz und knapp die Stellungnahme der Verwaltung zusammengefasst werden zu einem Antrag des Bündnis Soziale Gerechtigkeit (BSG) aus dem Kommunalwahlkampf. Oliver Müller hatte vorgeschlagen, die Leerstände in der Altstadt mit einer Zwischennutzungsagentur anzugehen.

Die Hoffnung der Verwaltung ist jetzt, dass sich jemand findet, der es macht. Sie selbst jedenfalls strebe *„gegenwärtig nicht an, als zusätzliche freiwillige Aufgabe einer Kommune die Aufgaben von Zwischennutzungsagenturen als eigene Aufgabe finanziell und organisatorisch abzubilden.“* Sie unterstütze vielmehr private Initiativen zum Aufbau einer Zwischennutzungsagentur und setzt dabei auf ein sich in der Gründung befindliches Kreativnetzwerk „CelleCreativ“.

Erfreulich allerdings ist, wie intensiv sich die Verwaltung mit dem Thema befasst hat. Auf sechs Seiten wird die Idee der Zwischennutzungsagentur ausführlich vorgestellt und abgewogen. (Damit – aber das nur nebenbei – macht OB Nigge ernst mit seinem Versprechen, alle Ideen zu prüfen, egal von wem sie kommen.) Behandelt wird die Zwischennutzungsagentur in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing am 24. Mai, also nach unserem Redaktionsschluss.



Zum Hintergrund verweist die Verwaltung auf die Entstehungsgeschichte. Im Osten Deutschlands seien Leerstände in den 1990er Jahren ein gravierendes Problem geworden. In Leipzig sei es dann mit dem Verein „HausHalten e.V.“ zur ersten Gründung einer solchen Agentur gekommen. Es geht darum, zwischen Eigentümer*innen leerstehender Immobilien und Interessierten potenziellen Nutzer*innen zu vermitteln. Die Nutzer*innen bezahlen nur einen geringen Mietzins. Im Gegenzug dafür führen sie die nötigen Instandsetzungsmaßnahmen durch und wirken dem Verfall entgegen.



Die Vorteile und und Stärken des Konzepts beschreibt die Verwaltung so:

„Aus diesem Konzept können beinahe alle Parteien profitieren: Kreative haben die Möglichkeit Räume zu günstigen Mietzinsen zu nutzen. Weiterhin bekommen Kreative und Kulturschaffende viel Aufmerksamkeit durch die Lagen in der Innenstadt. [...] Durch Ausstellungen und Präsenz von Kunst und Kultur wird die Innenstadt belebt und wird als freundlicher, positiver, frischer und jünger wahrgenommen. Auch die Eigentümer müssen sich nicht mehr um die Gebäudeunterhaltung kümmern und bekommen durch die Miete Einnahmen. Diese ist zwar weitaus geringer als würde „klassisch“ vermietet werden, aber die Immobilie wird belebt. Die Nutzer zahlen nicht nur eine geringe Miete, sondern geben auch durch ihre Kreativität und Arbeitskraft etwas an die Vermieter zurück. Die Eigentümer können außerdem mit der gemeinwohlorientierten Zwischennutzung für sich werben und die Immobilie dadurch attraktiver machen. [...] Durch Zwischennutzungen wird das Erscheinungsbild der Innenstadt aufgewertet und deren Attraktivität für die Bevölkerung und Gäste der Stadt erhöhet. Durch die damit einhergehenden höheren Besucherfrequenzen können sich auch positive wirtschaftliche Effekte auf benachbarte Geschäfte einstellen. Kunden weichen für den Einkaufsbummel seltener auf andere Städte aus und so können auch die anderen Geschäfte von der Zwischennutzung profitieren.“

Die Aufgabe einer Zwischennutzungsagentur besteht also darin, auf der einen Seite potenzielle Nutzer*innen zu identifizieren und auf der anderen Seite die leerstehenden Ladenlokale in der Innenstadt, deren Eigentumsverhältnisse sowie die baulichen Randbedingungen auszumachen. Dann müssen die Eigentümer*innen kontaktiert und über die sich bietende Chance der Zwischennutzung informiert werden. Wenn interessierte Eigentümer*innen und motivierte Kreative gefunden sind, agiert die Agentur als Vermittlerin zwischen beiden Par-



teien: „Welcher Leerstand ist für welches Projekt/für welche Art von Nutzung geeignet? Über welchen Zeitraum hinweg soll der Raum gemietet werden und zu welchen Konditionen? Auch in rechtlichen Fragen kann die Agentur beiden Parteien helfen und zum Beispiel Vertragsmuster fertigen.“

Wichtig für eine konfliktfreie Zwischenraumnutzung seien klar definierte und formulierte Verträge. Dies sei notwendig, um die Eigentümer*innen abzusichern. Denn sie hätten vorwiegend Interesse daran, ihre Räumlichkeiten an langfristige Verträge zu binden. Deshalb dürfte für den Fall eines Mietangebots die Immobilie nicht durch die Zwischennutzung blockiert werden. Die Nutzer*innen müssten also flexibel und bereit dazu sein, die Räumlichkeit eventuell in kurzer Zeit wieder abzugeben.

Ein spezielles Celler Hemmnis sieht die Verwaltung in Brandschutzverordnungen: „Einige Gebäude in der Innenstadt erfüllen diese Bestimmungen nicht und ohne einen sicheren Brandschutz dürfen die Räume nicht genutzt werden, auch nicht für eine temporäre Zwischenutzung. Die Brandschutzmaßnahmen sind teilweise kostentechnisch sehr umfangreich und würden sich deshalb für eine Zwischennutzung nicht lohnen.“

Die Verwaltung holte auch Einschätzungen von Innenstadtkakteuren ein: „Eigentümer von Immobilien in der Celler Innenstadt zeigen sich in der Tendenz verhalten positiv gegenüber Zwischennutzungen. Der Wunsch



nach ansprechenden Mieteinnahmen steht zwar im Vordergrund. Je nach individueller Interessenlage und „Leidensdruck“ sind Einzelne einer Zwischennutzung nicht abgeneigt. Allerdings sehen auch sie oft die rechtlichen Fragestellungen und besonders die Frage nach der Höhe der Miete als problematische Aspekte.“

Auch die Einzelhandelsvertreter*innen wären grundsätzlich sehr positiv gestimmt, wenn es darum geht, die Innenstadt vital zu erhalten und halten auch eine Zwischennutzungsagentur für ein sinnvolles Mittel. Dabei sei auch der Hinweis gekommen, das Nutzerklientel nicht auf Kunst und Kulturschaffende zu beschränken, sondern auch einen Fokus auf junge Gründer*innen und Start-ups zu legen, die Leerstände beleben können.

Die Verwaltung kommt zu dem Fazit: „Können diese Hemmnisse überwunden werden, ist das Konzept einer Zwischennutzungsagentur eine vielversprechende Chance, dem Leerstand in der Celler Innenstadt entgegenzuwirken.“

Kommentar

Zentralität ist mehr als Konsum

Gefühlte drei Mal im Jahr sind die Leerstände in der Altstadt ein Thema für die Cellesche Zeitung – und damit auch für Verwaltung und Politik im Rathaus. Dann ist das Gejammer groß über amazon & zalando, über Denkmalschutz und Parkplätze ... Eins ist klar: Die Zentren sind in Städten, die nicht gerade zu den Boomtowns gehören, gefährdet. Dabei geht es nicht darum, ob zusätzlich ein dritter oder vierter Drogeriemarkt und ein weiterer Klamottenladen kommen. An dieser Stelle muss deshalb Henri Lefèbvre ("Die Revolution der Städte") zitiert werden:

„Die Zentralität ist nichts Indifferentes, im Gegenteil, sie bedarf des Inhalts. Dieser Inhalt jedoch kann irgendein Inhalt sein. Anhäufung von Projekten und Produkten in Lagern, Berge von Obst auf den Märkten, Menschenmassen, Leute, die sich gegenseitig auf die Füße treten, Zusammenballungen vielfältiger, nebeneinander, übereinander liegender, zusammengetragener Objekte: das macht die Stadt aus.“

Lefèbvre spricht von „Projekten und Produkten“. Es geht also nicht darum, den allgegenwärtigen Konsum noch bis in die letzte Nische auszuweiten. Im Gegenteil. Ein Stadtzentrum ist etwas anderes als ein gigantisches Warenhaus. Wo es dazu wird, wie z.B. in den Shopping Malls, verschwindet jegliche Differenz, weil da wirklich alles zur Ware geworden ist und alle zu Konsument*innen.

In Celles Altstadt geht es längst nicht mehr um den Verlust von Zentralität, es geht um die Wiedergewinnung und Wiederaneignung durch die Bürger*innen, die in ihren Bedürfnissen eben immer noch mehr sind als Konsument*innen. Die Zwischennutzung leerstehender Immobilien kann ein erster Schritt sein, die Stadt wieder mit Leben zu füllen.

Ein sozial-kulturelles Schiffsprojekt zu Flucht und Migration
vom 28.07. bis 01.10.2017

MIT SICHERHEIT GUT ANKOMMEN



Unter dem Motto „Mit Sicherheit gut ankommen“ startet am letzten Wochenende im Juli ein sozial-kulturelles Schiffsprojekt zu Flucht und Migration von OUTLAW.die Stiftung. Mit dabei sind mehr als 50 Kooperationspartner aus 7 Bundesländern aber auch aus den Niederlanden und aus Dänemark. Zwischen dem 5. und 8. September legt eins der Boote im Celler Hafen an.

Den Kern des Projekts bildet die Reise von zwei Schiffen mit mehreren Stationen in Hafenstädten entlang der deutschen Nordseeküste und kreuz und quer durch Deutschland über Flüsse und Kanäle. Wenn das Ziel Berlin am nationalen Flüchtlingstag am 30. September 2017 erreicht ist, wurden mehr als 3600 km zurück gelegt und fast 60 Schleusen passiert. Auf der 65-tägigen Reise vom Starthafen Bremen werden 25 Städte angelaufen.

Den ersten Teil der Reise bestreitet die hochseetaugliche MS Anton, ein Schiff der dänischen Vereinigung Levende Hav. Sie fährt entlang der deutschen Nordseeküste mit Stationen auf Norderney, in Norddeich, Emden, Weener und Papenburg. Hier wird sie abgelöst von der Al-hadj Djumaa. Dieses Schiff kam im Sommer 2013 von Nordafrika nach Lampedusa. An Bord waren mehr als 280 Menschen aus Eritrea und Äthiopien. Heute wird das Schiff in Amsterdam von der Rederij Lampedusa betrieben. Die Al-hadj Djumaa fährt weiter über Lingen und Münster bis ins Ruhrgebiet mit den Stationen Gelsenkirchen, Oberhausen, Duisburg und Hamm. Danach geht es über Osnabrück, Celle und Hannover Richtung Osten. Magdeburg, Halle, Dresden, Potsdam und Neuruppin heißen die weiteren Ziele um dann am letzten Wochenende im September Berlin zu erreichen.

Auf den Schiffen befinden sich während des Projekts mehr als 70 Kupferfiguren des dänischen Künstlers Jens Galschiøt. Sie zeigen Männer und Frauen aller Alters-

gruppen mit Gesichtszügen aus vier ethnischen Herkunftsregionen: Asien, Afrika, Südamerika und Europa.

Mit diesem „Hingucker“ und mit den begleitenden Veranstaltungen und Aktionen entlang der Route bietet das Projekt Gelegenheiten, sich mit dem Thema Flucht und Migration auf eine andere Weise als gewohnt auseinander zu setzen. Hilfsprojekte, Flüchtlingsinitiativen und Einrichtungen der Flüchtlingshilfe können sich der Öffentlichkeit präsentieren und ihre Arbeit zur Diskussion stellen. Das trägt zur Transparenz der Flüchtlingsarbeit und ihrer Ziele vor Ort bei.



Durch dieses Projekt wird auf die Situation der Flüchtenden vor, während und nach der Flucht aufmerksam gemacht. Hier soll insbesondere der Fokus auf die Schwächeren, d.h. auf die Kinder, die Jugendlichen, die Frauen und auf die jungen Familien gerichtet werden.

Mehr Informationen zum Projekt, insbesondere mit dem genauen Törnplan gibt es auf Facebook, im Blog unter www.mit-sicherheit-gut-ankommen.de und unter www.outlaw-diestiftung.de.

Bild: Gerald Mennen/OUTLAW.die Stiftung

Rückblick auf die Aktionstage gegen Rheinmetall im Mai

Krieg beginn hier – unser Widerstand auch

Bisher wurde Rheinmetall vor allem während der Hauptversammlung in Berlin oder an der Konzernzentrale in Düsseldorf mit Protesten konfrontiert. Mitte Mai war es dann auch am Produktionsstandort in Unterlüß soweit: Die Zufahrten zu den Produktionsstätten wurden für einige Stunden blockiert. Aufgerufen hatte das Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA).



Die Sitzblockaden fanden ab acht Uhr statt auf der Neulüßer Straße, der Zufahrtsstraße zum Werk Neulüß, an der Werkseinfahrt an der Neuensothriederstraße sowie an der Südtorstraße und schließlich noch an der Zufahrt über die Müdener Straße. Die Neulüßer Straße, auf der auch ein Tripod (Dreibein) aufgebaut war, wurde als Erstes geräumt. Dort wurden auch die Personalien der Teilnehmer*innen festgestellt. Bis zum Ende der Aktion gegen 13 Uhr bestand die Sitzblockade vor der Einfahrt an der Neuensothrieder Straße, bevor die gesamte Aktion dort mit einer Abschlusskundgebung von noch rund 50 Anwesenden beendet wurde.

Der Betrieb sei nicht gestört worden, sagte Rheinmetall-Pressesprecher Oliver Hoffmann gegenüber der Celleschen Zeitung. Was aber in jedem Fall gestört wurde, ist die Ruhe mit der Rheinmetall in Unterlüß seine Kriegswaffen herstellt. Und das war das zentrale Ziel der Aktion: ein deutliches Zeichen zu setzen gegen Waffenproduktion und Rüstungsexporte.

Fiona Rucke von JunepA erklärte: „Für unsere Aktion gegen Krieg und Militarismus haben wir den Ansatzpunkt Rheinmetall gewählt, weil das Unternehmen mit dafür verantwortlich ist, dass gewaltvolle Konflikte in aller Welt aufrecht erhalten werden und Fluchtursachen entstehen.“ Ziel der Aktion sei es, eine gesellschaftliche Debatte über Konversion der Rüstungsunternehmen und Abrüstung anzuregen. Die Demonstrant*innen hätten sich dabei auch entschieden gegen das Ziel der Bundesregierung gewandt, aufgrund von NATO-Verpflichtungen die deutschen Kriegsausgaben um die Hälfte und damit etwa 20 Mrd. Euro zu steigern anstatt sie zu senken.

Für JunepA ergänzte Marcus Schäfer „Es gilt nach wie vor, dass mehr Waffen und Militär das Risiko von Konflikten stets erhöhen statt senken. Wir als junge Menschen können daher nicht tatenlos zusehen, wenn vor unserer Haustür ohne Aufschrei Panzer sowie Munition und damit reine Tötungsmaschinen hergestellt werden.“ Statt militärischer Aufrüstung sollten den Protestierenden zufolge die Mittel für zivile Konfliktbearbeitung enorm aufgestockt werden.

Bereits am Sonntag hatte es eine Demonstration mit knapp 100 Teilnehmer*innen durch Unterlüß hin zum Werkstor an der Neuensothrieder Straße gegeben. Auf dieser Kundgebung sprachen Carsten Rusitschka (Die Linke, Mitglied im Gemeinderat Südheide), Pastor Lutz Krügener, (Friedensbeauftragter der ev. Landeskirche Hannover), Arvid Jasper (Junepa) und Behiye Uca (Kreistagsmitglied Celle, Die Linke). Das Hamburger Bündnis gegen Rüstungsexporte hatte die Teilnehmer*innen mit Kartons ausgestattet, die Container symbolisierten, in denen Waffen den Hamburger Hafen verlassen. Bei der Demo wurden sie an verschiedenen Orten zu Blockaden aufgestapelt (siehe Foto).

Vorher schon hatte es einen in der Friedenskirche Unterlüß einen Bittgottesdienst zur Erhaltung des Weltfriedens mit Pastor Lutz Krügener gegeben. Thema: Es ist Krieg. Entrüstet Euch! Er verwies dabei auf die EKD –





Denkschrift von 2007, wo kurz und klar festgestellt ist: „Rüstungsexporte tragen zur Friedensgefährdung bei.“ Und die Synode der Landeskirche Hannover bekenne in ihrem Friedenswort: „... die weltweiten Rüstungsexporte, an denen Deutschland einen hohen Anteil hat, sind eine zentrale Voraussetzung und ein starker Antrieb für kriegerische Auseinandersetzungen. Die Erhöhung der weltweiten Ausgaben für Rüstung und Militär ist ein Irrweg, der verlassen werden muss.“

Ein Anfang ist gemacht. Der Aktionsrahmen bietet vielen Menschen, die Möglichkeit, sich einzubringen.



Aachener Friedenspreis für Jugendnetzwerk

Der Aachener Friedenspreis geht in diesem Jahr an eine italienische Protestbewegung, die für eine Entmilitarisierung Siziliens kämpft. Zweiter Preisträger ist das deutsche Jugendnetzwerk für Politische Aktion (JunepA), das sich unter anderem an Blockaden am Atomwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel beteiligt, wie die Friedenspreisinitiative am Montag in Aachen mitteilte. Die mit jeweils 1.000 Euro dotierte Auszeichnung wird am Antikriegstag am 1. September verliehen. [...]

Das Jugendnetzwerk JunepA werde für seine "kreativen Formen des zivilen Ungehorsams" geehrt, mit denen die Aktivisten immer dort seien, "wo es brennt und wo es den Finger in die Wunden der heutigen Zeit zu legen gilt", hieß es in der Preisbegründung. Die 2013 gegründete Vernetzungsplattform setze sich mit vielfältigen Aktionen nicht nur gegen Atomwaffen und Rüstungsexporte ein, sondern auch gegen Freihandel und für Klimaschutz. JunepA besteht neben vielen über das gesamte Bundesgebiet verstreuten Einzelpersonen aus den drei Regionalgruppen Südwest, Lüneburg und Berlin. [...]

Der Aachener Friedenspreis wird seit 1988 an Menschen verliehen, die sich an der Basis für Frieden und Völkerverständigung einsetzen. Er wird von rund 50 kirchlichen, politischen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen sowie von etwa 350 Einzelpersonen getragen, die im Verein "Aachener Friedenspreis" zusammengeschlossen sind.

<https://www.evangelisch.de/print/143643>

Dass es aus dem Landkreis Celle doch vergleichsweise wenige genutzt haben, könnte sich im nächsten Jahr ändern. Hoffen wir, dass JunepA den erfolgreichen Anfang im nächsten Jahr fortsetzt.

Auf den Seiten 18/19 gibt es einen Artikel zum geplanten Bau einer Panzerfabrik durch Rheinmetall in der Türkei.



----- 04.04.2017 -----

Nigge realistisch

Den sozialdemokratischen Träumen von einer spitzenporttauglichen Vierfeldhalle als Ersatz für die abgebrannte Burghalle erteilt Oberbürgermeister Dr. Jörg Nigge eine klare Absage. Den Wiederaufbau einer Dreifeldhalle trägt komplett der Landkreis (bzw. die Versicherung). Beim Bau einer Vierfeldhalle wären die zusätzlichen Kosten zu 2/3 von der Stadt zu tragen, was den Haushalt mit 3,8 Millionen Euro belasten würde. Nigge vertritt die Auffassung, dass sich die Stadt nicht leisten könne, nur für die Verbesserung von Rahmenbedingungen für Bundesliga-Handball derartige Kosten aufzubringen. Die Spielfläche sei für Hallenhandball ausreichend und es werde mit dem Landkreis geprüft, ob über eine sogenannte Teleskop-Bühne auch eine Zuschauer*innen-Kapazität von 750 geschaffen werden könne. (Wobei - so unsere Prognose - in den nächsten zehn Jahren sowieso keine Hallensportart in Celle mehr in der 1. Bundesliga agieren wird.) Die SPD vertritt dagegen die Auffassung, dass die neu zu bauende Halle für alle Sportarten auf Bundesliganiveau wie z. B. Handball, Basketball oder Volleyball geeignet sein sollte. Folglich sollte jetzt eine bundesligataugliche Halle gebaut werden. Ihr Antrag fand im Verwaltungsausschuss keine Mehrheit.

----- 04.04.2017 -----

Bildungscampus ade

Der städtische Verwaltungsausschuss begräbt die Idee, einen Bildungscampus für Flüchtlinge an der Hohen Wende zu schaffen. Ein Antrag auf Mittel aus dem EU-Topf „Innovative Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung“ wird nicht abgegeben. Offiziell sind es finanzielle Risiken,

die als Begründung erhalten müssen. Eine Rolle dürfte aber auch spielen, dass die Außenstelle der Landesaufnahmebehörde Braunschweig (LAB) an der Hohen Wende im wesentlichen Flüchtlinge unterbringt, die keinen Bildungszugang haben. Es sind nämlich Flüchtlinge, von denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMGF) meint, sie hätten sowieso keine Bleibechancen – d.h. ihre Asylanträge würden abgelehnt werden.

----- 24.04.2017 -----

222.422 Euro

Ganz so günstig war es offenbar nicht, einen CDU-Kandidaten in das Amt des Oberbürgermeisters zu hieven. Auf dem Kreisparteitag der CDU wurden Zahlen für die Kosten des Kommunalwahlkampfes in den Stadt- und Ortsverbänden vorgelegt: Summa summarum waren es 222.422 Euro. Kritisiert wurde von Delegierten, dass ihnen keine detaillierte Aufschlüsselung vorgelegt wurde. So bleibt offen, wie viel sich die CDU den Wahlkampf für Dr. Jörg Nigge hat kosten lassen. Es dürfte aber das allergrößte Stück vom Kuchen gewesen sein.

----- 11.04.2017 -----

Hähnchenmast

Gegen die Stimmen von SPD und Bündnis '90/Die Grünen beschloss der Gemeinderat Langlingen mit den Stimmen der CDU-Fraktion eine positive Stellungnahme zum Bau eines Hähnchenmaststalls durch die Scheller GbR. Geplant ist ein Stall mit 29.900 Tieren, dazu kommen drei Futtersilos und einer Sammelgrube. Die Zuwegung erfolgt über die Kreisstraße 52, wofür der Antragsteller die Kosten zu tragen hat. Dieser gab an, dass der Stallmist nicht in der Biogas-

anlage verwertet werde. Wer Abnehmer der Hähnchen wird, sei noch nicht entschieden.

----- 25.04.2017 -----

Solidarität mit Felek

Gut 300 Teilnehmer*innen hatte die Solidaritätskundgebung für die gebürtigen Celler HPD-Politikerin Feleknas Uca. Gegen die Abgeordnete im türkischen Parlament wurde ein Prozess wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eröffnet, ihr drohen bis zu 15 Jahre Haft. Auf der von der Linkspartei angemeldeten Kundgebung sprachen neben ihrer Schwester, der Stadtratsabgeordneten Behiye Uca, auch Oberbürgermeister Jörg Nigge (CDU), der Ratsvorsitzende Joachim Falkenhagen (FDP) sowie Vertreter*innen aller Ratsfraktionen (mit Ausnahme der AfD).

In angenehm hanseatischem Habitus (auch gegenüber dem NDR) sprach OB Nigge der Familie Uca die Solidarität aus. Der Ratsvorsitzende Falkenhagen wurde grundsätzlicher: „Nicht derjenige, der für Gewaltenteilung eintritt, ist der Terrorist, sondern derjenige, der sie abschafft. Nicht derjenige, der für eine unabhängige Justiz eintritt, ist Täter, sondern derjenige, der diese Unabhängigkeit aufgehoben hat. Nicht derjenige, der seine Meinung sagt, ist ein Staatsfeind, sondern derjenige, der sie zum Anlass für Strafverfolgung nimmt.“

Behiye Uca bedankte sich für die Solidaritätsbekundungen, forderte aber von der Bundespolitik Konsequenzen: „Ich wünsche mir, dass die Bundesregierung und die EU endlich ihrer Kuschelkurs gegenüber Recep Tayyip Erdoğan aufgibt. Ich wünsche mir einen radikalen Kurswechsel in der deutschen Türkei-Politik. Aus meiner Sicht



heißt das: Sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei! Abzug der in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldaten! Stopp aller Waffenlieferungen in die Türkei!“

----- 01.05.2017 -----

DGB-Maikundgebung

„Tarifbindung für Alle statt Armuts-löhne für Viele“, forderte auf der Maikundgebung des DGB der Kreisvorsitzende Paul Stern. Prekäre Beschäftigung schaffe keine soziale Sicherheit. Die Beschäftigten hätten ein Recht auf anständige Löhne, auf unbefristete Arbeitsverträge, auf Absicherung und Weiterbildung in der Erwerbslosigkeit. In einem Plädoyer für „Climate justice – Klimagerechtigkeit“ sprach



er sich für eine radikale sozialökologische Transformation aus: „Das heißt jetzt damit anfangen, sei es in den Braunkohlerevieren im Rheinland und in der Lausitz oder beim Little Rock in Dakota, wo die Sioux sich verzweifelt gegen die Trump-Ölpipeline wehren.“ Weiter forderte er den sofortigen Stopp der staatsterroristischen und völkerrechtswidrigen Attacken der Türkei auf das nordsyrisch Rojava. Die Bundesregierung müsse den kurdischen Widerstand entkriminalisieren und diese entschiedenste Kraft gegen den „Islamischen Staat“ unterstützen.

----- 06.05.2017 -----

Gedenkveranstaltung

Am ersten Maisamstag fand im und vor dem Bunten Haus ein Gedenkfest für jene Internationalist*innen, die bei den Kämpfen gegen den IS im syrischen Rojava ums Leben gekommen sind. Organisiert worden war die Feier unter dem Motto „In die Herzen ein Feuer - Gedenken heißt Kämpfen“. Die Motivation für das Fest wurde in der Eröffnungsrede herausgestellt: „Rojava bietet uns die Möglichkeit, neuen Internationalismus zu spüren und zu entwickeln. Menschen aus allen Kontinenten kommen nach Roja-

va, um eine solidarische gesellschaftliche Zukunft zu erkämpfen. Ihre Bereitschaft, das Menschsein mit ihrem eigenen Leben gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung zu verteidigen, ist ihnen allen gemein.“ Neben den Reden der Angehörigen und verschiedener Organisationen wie dem „Ivana Hoffmann Freundeskreis“ oder dem „Freundeskreis Andrea Wolf“ begrüßte auch der Ko-Vorsitzende der „Partei der Demokratischen Union“ (PYD), Salih Muslim aus Rojava, die Teilnehmer*innen des Festes.

----- 09.05.2017 -----

ÖPP-Light

Der Neubau einer Dreifeldsporthalle mit Mensa am Ort der abgebrannten Burghalle soll als sogenanntes „Investorenmodell“ durchgeführt werden. D.h.: Ein private Auftragnehmer übernimmt Planung, Neubau und Bauzwischenfinanzierung. Die Aufgaben des Betriebs und des Unterhalts verbleiben beim öffentlichen Auftraggeber. In der Verwaltungsvorlage für den Ausschuss für Gebäudewirtschaft des Kreistags heißt es weiter: „Das Investorenmodell wird auch „ÖPP light“ genannt. Es ist eine „öffentlich-private Partnerschaften“ ohne Endfinanzierung durch den Investor. Der Auftraggeber Landkreis Celle übernimmt zum vertraglich vereinbarten Zeitpunkt das schlüsselfertige Gebäude.“ Die Empfehlung dazu kam von der PSPC GmbH in Berlin – ausgeschriebenen „Public Sector Project Consultants“. Die GmbH war vom Landkreis beauftragt worden zu untersuchen, „ob bei der Durchführung der o.g. Maßnahme im Rahmen von alternativen Realisierungsvarianten wirtschaftliche Vorteile gegenüber einer konventionellen Herstellung zu erwarten sind.“ Das Ergebnis konnte nicht überraschen. Ähnlich hatte die PSPC schon beim Erweiterungsbau der „Schule im Allertal - Oberschule Winsen (Aller)“ gewertet.

Zwei der drei Gesellschafter der PSPC sind in ihrer Karriere eng mit der TU Freiberg verbunden. Als Professor ist dort tätig Dr.-Ing. Dieter Jacob, seine Mitgesellschafterin Dr. Corinna Hilbig war an seinem Lehrstuhl wissenschaftliche Mitarbeiterin. Jacob sitzt in etlichen Expertenbeiräten zu Fragen von „Public Privat Partnership“. Werner Rügemer merkte in einem Artikel zum PPP-Lobbyismus folgendes an: „An einigen Hochschulen wie Karlsruhe, Stuttgart, Biberach, Mainz,

Freiberg und Weimar wurden PPP-Zentren bzw. PPP-Studiengänge eingerichtet. Eine systemische Erscheinung sind sogenannte PPP-Professoren. Sie haben einen staatlich alimentierten Lehrstuhl, gleichzeitig sind sie jedoch Inhaber, Gesellschafter oder Mitarbeiter einer privaten PPP-Beratungsfirma.“ Die dritte Gesellschafterin, Dr.-Ing. Tanja Kessel, hat eine Professur am Institut für Bauwirtschaft und Baubetrieb der TU Braunschweig; Thema ihrer Antrittsvorlesung: „Auf Heller und Pfennig – Leistungsfähigkeit von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei öffentlichen Bauinvestitionen“.

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder veröffentlichten im September 2011 einen gemeinsamen Bericht zu ÖPP. Darin stellten sie fest, „dass beim Wirtschaftlichkeitsvergleich vorrangig die konventionelle Beschaffungsvariante mit hohen Risikokosten belegt wird. Über diese Stellschraube der Risikoübernahme lassen sich die geschätzten Kosten der konventionellen Beschaffungsvariante so zielorientiert festlegen, dass der wirtschaftliche Vorteil augenscheinlich aufseiten des ÖPP-Modells liegt und somit die ÖPP-Variante rechnerische Effizienzgewinne ausweist.“

----- 12.05.2017 -----

Personalmangel

Unter dem Motto „Auf der Strecke geblieben“ protestieren bundesweit tausende Beschäftigte gegen den Personalmangel in den Krankenhäusern, so auch am Allgemeinen Krankenhaus in Celle. Nach ver.di-Berechnungen fehlen hier mindestens 75 Vollzeitstellen. Auch Einrichtungen der Altenpflege beteiligen sich an dem Aktionstag, denn auch hier leiden Beschäftigte und Bewohner*innen unter der Personalnot.



Mexikaner gegen Trump



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Was ist denn das, dieser „Mexikaner gegen Trump“?

Der lange Lulatsch: Der „Soli-Mexikaner“? Das ist ein Schnaps. Eine Mischung aus Tomatensaft, Korn, Taki Taki oder Sangrita und Tequila, serviert in einem Schnapsglas. Das verkaufen jetzt in Hamburg rund 40 und bundesweit nochmal 80 Kneipen, und spenden den Gewinn für die Aktivitäten gegen den G20-Gipfel in Hamburg.

Die Dicke: Wenn das die Zapatisten wüssten.

Der lange Lulatsch: Du meinst, weil die Frauen da ein Alkohol- und Drogenverbot durchgesetzt haben? In Hamburg wird das ein bisschen lockerer gesehen. Und so richtig betrunken macht das Zeug auch nicht.

Oma Lilo: Och ja, ist doch schelmisch, dem Mann, der die Mauer bauen will, mit „Mexikanern“ zu kontern.

Der Besserwisser: Was den Mexikanerinnen und Mexikanern aber wenig helfen wird.

Der lange Lulatsch: Aber Hallo. Das Motto der großen Bündnisdemo ist: „Grenzenlose Solidarität statt G20!“

Der Besserwisser: Da werden sich die Staatenlenker aber in die Hosen machen.

Die Dicke: Lass' mal deinen Zynismus stecken. Ich finde es wichtig, dass den Mächtigen der Welt bei ihrem Stell-Dich-Ein die sprichwörtliche rote Karte gezeigt wird. Sie sind das Problem und absolut kein Teil einer Lösung.

Der Besserwisser: Was ja aber nicht alle so sehen, die in Hamburg demonstrieren wollen.

Die Dicke: Du meinst jetzt Campact, DGB Nord, Greenpeace, NaturFreunde Deutschlands und weitere NGOs, die schon eine Woche vor dem Gipfel demonstrieren? Die halten die G20 eben auch für einen Teil der Lösung der anstehenden Probleme

Oma Lilo: Und sie haben einen bürokratischen Apparat, der abhängig ist von Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Und darauf kann die kleinste, sogenannte Ausschreitung spürbare Konsequenzen haben.

Der Besserwisser: Die machen sich also in die Hose?

Die Dicke: Auch. Aber sie sind halt wirklich der Auffassung, dass es Staaten braucht, um die Probleme zu lösen.

Der lange Lulatsch: Irgendwie kurios. Denjenigen, die für 95 % der klimaschädlichen Emissionen verantwortlich sind, wird zugetraut, das Problem zu lösen. Staaten wie USA, Russland, Frankreich, aber auch die BRD und die EU, die in den meisten aktuellen Kriegen mitmischen, sollen den „Frieden“ herbeiführen. Und denjenigen, die für 90 % aller Waffenexporte verantwortlich sind, wird zugetraut die Fluchtursachen zu beheben, die aktuell im wesentlichen in Kriegen bestehen? Ganz offensichtlich sind doch die G20 nicht die Problemlöser, sondern die Produzent*innen von Problemen und Katastrophen.

Klein Jonas: Wer sind denn diese G20?

Die Dicke: Das sind 19 Staaten und die EU, die sich für eine Art Weltregierung halten, weil in ihren Staaten 88 % des weltweiten Bruttozivilprodukts produziert werden.

Der lange Lulatsch: Womit sie z.B. eine Milliarde Kleinproduzent*innen und den gesamten informellen Sektor der Weltwirtschaft ausklammern.

Die Dicke: Ganz Afrika mit seinen 1,2 Milliarden Menschen wird nur von einem einzigen Staat „repräsentiert“, nämlich Südafrika mit 54 Millionen Menschen.

Klein Jonas: Ist die Weltregierung nicht die UN, also die Vereinten Nationen?

Die Dicke: Das wäre zumindest eine halbwegs legitimierte Institution. Aber genau darum geht es eben auch: Zu zeigen, dass die Mächtigen der Welt sich einen Dreck um die UN scheren.

Der lange Lulatsch: Denn es geht beim G20-Treffen um die ideologische Absicherung der gemeinsamen Ziele der dort versammelten Kapitalmacht-Vertreter*innen. D.h. mehr Profit durch weniger Menschenwürde. Das in der Auto- und Ölindustrie angelegte Kapital verhindert Maßnahmen zum Klimaschutz. Die Profitorientierung der Chemie- und Agrarkonzerne verhindern Ernährungssouveränität und die Beseitigung des Hungers. Und unterm Strich ist es die Kapitallogik von Expansion und Konkurrenz, die Kriege fördert und Massenfluchten auslöst.

Der Besserwisser: Es geht also um das ganze System von Herrschaft, Ausbeutung und Gewalt.

Der lange Lulatsch: Ja, ich denke, dass es bei der Internationalen Großdemonstration am 8. Juli genau darum geht.

Oma Lilo: Und es gibt ja auch noch den Aktionstag am 7. Juli mit Sitzblockaden und Materialblockaden, wo alle möglichen kreative Hilfsmittel zum Einsatz kommen sollen wie Großpuppen, Absperrbänder, Luftmatratzen, Fahrrad-Tandems, Einkaufswägen, Banner, Regenschirme etc.

Die Dicke: Und vorher schon gibt es den Gegengipfel. Und da kann ich nur das Programm empfehlen. Spannende Themen, interessante Leute.

Der Besserwisser: Auf welche Gurus freut ihr euch da?

Die Dicke: Na gut, für dich ist das wohl eher nichts. Die Themenpalette spiegelt das, was Linke in Europa und weltweit diskutieren, z.B. Gemeingüterfrage, Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität, Freihandelsabkommen und Neoliberalismus, Abschottung und Rassismus.

Oma Lilo: Was anderes. Im Rathaus haben sie jetzt Ex-Oberbürgermeister Mende gehängt.

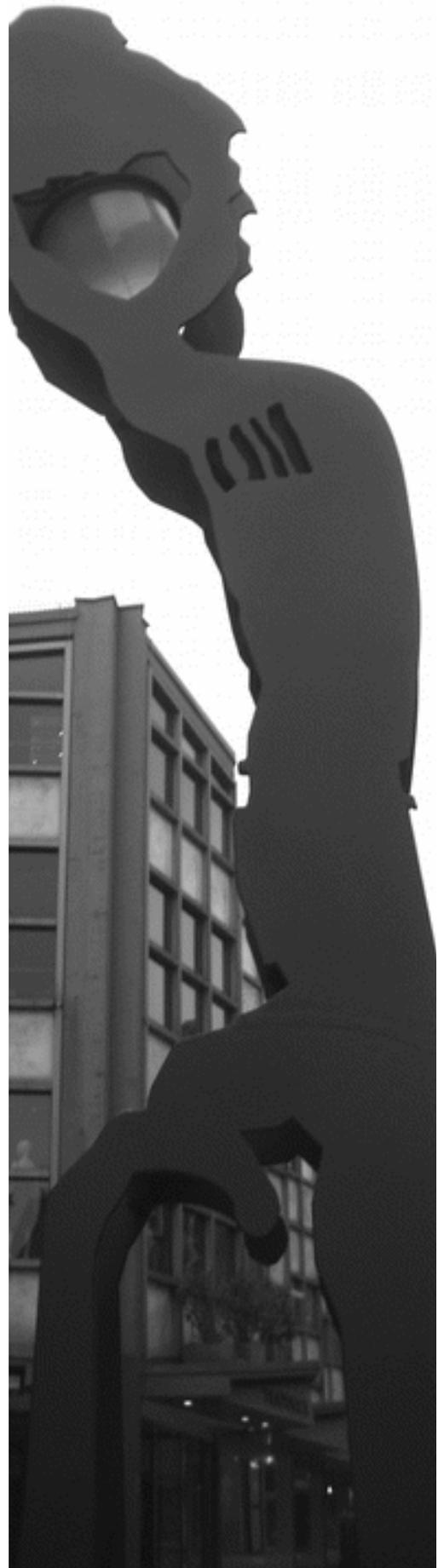
Die Dicke: Witz komm raus, ...

Oma Lilo: Ende hat es sich in der Celleschen nicht getraut, sondern formuliert, Mende sei im Rathaus hängen geblieben.

Die Dicke: Immerhin ist das Bild von Frank Schult und nicht von Frau Mende.

Der lange Lulatsch: Wieso auch von Frau Mende?

Die Dicke: Dr. h.c. Martin Biermann hat sich seinerzeit von seiner Frau Ewelina Biermann-Firek porträtieren lassen. Die kann zwar ganz dekorativ Landschaftsmalerei, aber ihr Martin ist nun mal keine Landschaft. Insoweit ist das wohl „wahre Liebe“, einen anderen Grund für die jetzt im Rathaus hängende Peinlichkeit kann es nicht geben.



Rheinmetall-Panzer für Erdogans Türkei

So richtig neu war die Nachricht nicht. Schon im vergangenen August war durchgesickert, dass der deutsche Waffenfabrikant Rheinmetall AG eine Waffenfabrik in der Türkei bauen will. Die Tageszeitung „Die Welt“ titelte: „Rheinmetall möchte für Erdogan Panzer bauen“. Im April legte jetzt das Recherchezentrum Correctiv nach und auf einmal ist die Aufregung groß.

Die Hintergründe hat CAMPACT für den Appell „Keine Panzer für Erdogogan“ in einer „5-Minuten-Info“ ganz gut zusammengefasst. Hier die wesentlichen Aspekte:

Was sind die Pläne von Rheinmetall?

Der Rüstungskonzern Rheinmetall will in der Türkei mit finanzstarken und politisch eng mit Präsident Recep Erdogan vernetzten Partnern eine Panzerfabrik bauen. Damit will er sich für einen großen Panzerbau-Auftrag in der Türkei (Bau des „Altay“-Panzers), aber auch für Aufträge aus Katar (1.000 gepanzerte Fahrzeuge) und weiteren Staaten bewerben. Der Konzern sucht bereits Manager und Ingenieure für die geplante Panzerproduktion in der Türkei. Dies ergaben Recherchen des gemeinnützigen Recherchezentrums Correctiv mit dem Magazin Stern und der Exil-Redaktion der türkischen Zeitung Özgürüz.

„Ein genehmigungspflichtiger Transfer“ von deutscher Technologie stehe „nicht im Mittelpunkt“ des Projekts, sagt der Konzernsprecher. Die Formulierung lässt offen, dass er doch eine Rolle spielen könnte. Denn laut Recherchen von Correctiv basieren die Motoren des neuen Altay-Panzers sowie die Kanone auf deutscher Technik.

Wer sind die Partner von Rheinmetall?

Rheinmetall plant ein Joint Venture mit zwei anderen Firmen, beide mit guten Verbindungen zu Erdogan. Eine ist die türkische Firma BMC. Sie gehört dem Erdogan-Freund Ethem Sancak. Ihm gehören auch mehrere Zeitungen in der Türkei, die den inhaftierten Welt-Reporter Deniz Yücel als Terroristen verunglimpfen und Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Hitler-Bärtchen zeigten.

An BMC beteiligt sind auch Vertreter des Golfemirats Katar. Das neue Rheinmetall-Gemeinschaftsunternehmen verhandelt mit Katar bereits über die Lieferung von 1.000 gepanzerten Fahrzeugen aus türkischer Produktion. Katar könnte die Fahrzeuge wiederum exportieren – in die zahlreichen Brandherde des Nahen Ostens.

Der zweite Partner in Rheinmetalls Panzer-Deal ist die Firma Etika Strategi des malaysischen Tycoons Syed Mokhtar Albukhary. Abulkhary unterstützt über seine Privatstiftung finanziell die Stiftung von Erdogans Sohn Bilal. Er soll zudem laut Rheinmetall bei der „Öffnung asiatischer Zielmärkte“ behilflich sein. Im Klartext: Die Panzerfabrik soll die Konfliktherde in Nahost und Asien beliefern, ohne dass deutsche Rüstungsexport-Bestimmungen greifen.

Panzer für Katar – und von dort nach Syrien?

Das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv schreibt: „An dem Rheinmetall-Partner BMC halten auch Vertreter des Golfemirats Katar Anteile. Die Nachfrage nach Rüstungsgütern steigt in den Golfstaaten bereits seit einigen Jahren rasant an. Grund dafür sind die Spannungen zwischen den sunnitischen Golfstaaten und dem schiitischen Iran sowie die Kriege in Syrien und im Jemen. Die Golfstaaten wollen sich nicht länger nur darauf verlassen, ihr Kriegsgerät im Westen einzukaufen.“ Es „laufen bereits Verhandlungen zwischen dem Rheinmetall-Gemeinschaftsunternehmen RBSS und dem Emirat Katar über die Lieferung von 1.000 gepanzerten Fahrzeugen aus türkischer Produktion.“

Correctiv fragt sich: „1.000 gepanzerte Fahrzeuge – das wäre sehr viel für ein Land mit einer einheimischen Bevölkerung von geschätzt nicht einmal



Foto: campact

300.000 Einwohnern. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass Katar die Fahrzeuge wiederum exportiert und die Panzer mit deutscher Technologie damit letztlich an den Brandherden der Region auftauchen. Katar soll zum Beispiel Rebellengruppen im syrischen Bürgerkrieg bereits mit Waffen und Training unterstützen.“

Wie Rheinmetall sich Lobbykontakte einkauft

Rheinmetall ist dafür bekannt, sich erstklassige Lobbykontakte in die deutsche Politik einzukaufen. Schlagzeilen machte jetzt die Nachricht, dass Franz-Josef Jung (CDU), der von 2005 bis 2009 als Bundesverteidigungs-



minister in der ersten Regierung Merkel tätig war, auf der Rheinmetall-Hauptversammlung am 9. Mai in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt wurde. Jung (Foto vom Celler Dialog 2008) verfügt aus seiner Ministerzeit über hochrangige Kontakte in die deutsche Politik, die Führungsstellen der Bundeswehr und zu wichtigen Politikern und Militärs im Ausland.

Jung wäre nicht der erste Ex-Minister, der für Rheinmetall tätig ist. Seit Anfang 2015 stellt der ehemalige Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) seine als Minister erworbenen Kontakte in den Dienst des Rüstungskonzerns – als Leiter des Bereichs Internationale Strategieentwicklung und Regierungsbeziehungen. Während seiner Ministerzeit wurden im Bundessicherheitsrat – dessen Mitglied Niebel war – zahlreiche Anträge auf Exportgenehmigung von Rheinmetall genehmigt.

Was kann die Politik tun?

Ärger mit der deutschen Bundesregierung befürchten die Rheinmetall-Chefs bisher nicht. Es sei immer die Politik von Rheinmetall gewesen, „die deutsche Regierung über unsere strategischen Pläne zu informieren“, versicherte Rheinmetall-Manager Andreas Schwer in einem Interview im Sommer 2016: „Wir tun nichts hinter ihrem Rücken.“ Alles passiere in Absprache mit der Bundesregierung. Doch der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums erklärt sich für „nicht zuständig“ bei einem „unternehmerischen Vorgang“.

Doch Rheinmetall ist in hohem Maße auf die Bundeswehr als Auftraggeber angewiesen und kann es sich nicht leisten, gegen den erklärten Willen der Politik Geschäfte zu machen. Wie der Stern berichtet, müssen bis Juni noch Beschaffungsaufträge der Bundeswehr, von denen Rheinmetall profitiert, im Wert von zwei Milliarden

Euro vom Haushaltsausschuss des Bundestags genehmigt werden. Unabhängig von der formalen Notwendigkeit einer Genehmigung des Panzer-Deals durch den Bundessicherheitsrat hat der Bundestag damit ein Druckmittel in der Hand, um den Konzern zum Einlenken zu bewegen.

Werden in der Türkei Panzer für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt?

In einem aktuellen Sonderbericht vom März 2017 wirft der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte der türkischen Armee „exzessive Gewalt“ in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei vor. Dabei kritisiert die UN insbesondere Panzer-Attacken in dicht besiedelten Gebieten. Mit Satellitenbildern belegt der Bericht massive Zerstörungen von Ortschaften.

Das Hochkommissariat nennt 355.000 bis 500.000 Vertriebene aus der Region im Zeitraum Juli 2015 bis Dezember 2016. Bei dem Militäreinsatz wurden rund 2000 Menschen getötet, 800 Angehörige der Sicherheitskräfte und 1200 Zivilisten.

Quelle: <https://campact.de/>

Foto: Mit einem ausgemusterten Leopard-1-Panzer und Aktionstheater protestierte die Bürgerbewegung Campact im April in Berlin gegen Pläne des Rüstungskonzerns Rheinmetall, in der Türkei eine Panzerfabrik zu bauen. (campact-blog)

Zusatzfrage: Wie könnte man in dem ganz konkreten Fall Rheinmetall sanktionieren?

Korbinian Wagner, Pressereferent Bundeswirtschaftsministerium: „Die bloße Gründung eines Unternehmens im Ausland unterliegt nicht dem Außenwirtschaftsrecht. Aber sobald in ein ausländisches Unternehmen beispielsweise Wissen transferiert wird, das sie ja brauchen, wenn sie dort eine Produktion aufbauen wollen, unterliegt das dem Außenwirtschaftsrecht und müsste von uns genehmigt werden.“

Zusatzfrage: Gibt es also keine Möglichkeit? Ich verstehe es nicht.

Wagner: „Die Gründung im Ausland selber unterliegt [...] keiner Genehmigungspflicht. Aber die Gründung allein hilft ja erst einmal nicht so viel. Man braucht ja auch das Know-how dafür. Alles, was an Know-how in Deutschland vorhanden ist und über die Grenzen gehen soll, unterläge der Kontrolle.“

Regierungspressekonferenz vom 19. April 2017

Rheinmetall-Chef Armin Papperger im Interview mit "Der Tagesspiegel", 19.03.2017:

„Wenn wir deutsche Technologie in die Türkei liefern wollen, muss die Bundesregierung zustimmen. Wenn wir in der Türkei deutsche Technologie bauen, muss Deutschland auch das genehmigen. Aber wenn wir mit Partnern in der Türkei einen türkischen Panzer entwickeln und bauen, dann ist die Bundesregierung daran nicht beteiligt.“

Rassismus ist ein Machtverhältnis

Am 3. Mai war Karima Popal-Akhzarati auf Einladung des Diakonischen Werks und des Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus in Celle zu einem Vortrag mit dem Titel „Den NSU-Komplex im Rahmen der rassistischen Normalität der deutschen Gesamtgesellschaft verstehen...“

?: Der Titel Deines Vortrags ist mehr als nur eine Überschrift ...

!!: Der Titel beinhaltet die These, dass in Deutschland bzw. in der deutschen Gesamtgesellschaft eine rassistische Normalität existiert, d.h. Rassismus ist in Deutschland „normal“. Unsere Gesellschaft ist mit all ihren Institutionen wie Polizei oder Bildungssystem und mit ihren Strukturen wie Gesetze, dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt rassistisch organisiert: Wer wohnt wo? Wer arbeitet wo und wer verdient wie viel? Wer ist am häufigsten von Racial Profiling betroffen? Auf wen wirken sich Asylreformen aus? Und so weiter. Gleichzeitig ist es aber genauso „normal“, Rassismus in Deutschland weder anzuerkennen noch zu benennen. Und genau deswegen ist es



besonders schwierig, Rassismus aufzuzeigen, ihn anzudeuten, ihn anzuklagen und effiziente Strategien zu entwickeln, die nachhaltig wirksam sind. Da das Sprechen über Rassismus gesellschaftlich tabuisiert ist, erfordert es enormen Aufwand gegen diese Tabuisierung anzukommen, geschweige denn o.g. Schritte anzugehen.

?: Du beschreibst den rassistischen Normalzustand in die Zeit vor und nach dem Tag der Selbstenttarnung des NSU. Wo sind die Unterschiede?

!!: Der erste und wichtigste Unterschied liegt darin, dass die Öffentlichkeit vor dem 4. November 2011 nicht „wusste“, dass organisierte Nazis hinter den Morden und Anschlägen steckten, sodass dem alltäglichen und auch institutionellen Rassismus freien Lauf gelassen wurde: Die bürgerlichen Medien berichteten von sogenannten „Döner-Morden“ und wiederholten unkritisch die falschen Ermittlungen der Polizei, die, statt konkreten Hinweisen von Zeug*innen nachzugehen, großen Aufwand betrieben, die Betroffenen und Hinterbliebenen zu verdächtigen und zu kriminalisieren.

Nach der Selbstenttarnung der Nazis herrschte in der Öffentlichkeit zwar zunächst großes Staunen über mordende und strategisch vorgehende Nazis, aber ein Aufschrei blieb leider aus. Die Betroffenen wurden nach zehn Jahren entkriminalisiert, aber deren Perspektive auf die Geschehnisse schaffte es nicht in die breite Öffentlichkeit hinein. Stattdessen lag der öffentliche Fokus nun auf Nazis, „Rechtsextreme“, dem „Terror-Trio“ und Beate Zschäpe. Dieser individualisierende Fokus verhalf dazu, dass der strukturelle, institutionelle und gesellschaftliche Rassismus nicht benannt werden musste.

?: Vor dem 4.11.2011 hat außer den Opfern und deren Angehörigen niemand ernsthaft die Theorie verfolgt, dass die Täter Neonazis sind. Selbst aus Antifa-Kreisen wurde dies nicht in Betracht gezogen. Woran lag das?

!!: Meinem Verständnis und Analysen nach lag das an der rassistischen Normalität, die in Deutschland herrscht, die aber gleichzeitig nicht thematisiert wird. Im Jahr der Selbstenttarnung war Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ ein Bestseller. Sein Erfolg baut auf der rassistischen Normalität auf. Sarrazin wurde für seine „tabubrechenden“ Thesen gefeiert, die die Gesellschaft in ein „Wir“ und „die Anderen“ spaltet und wertet. Diese Spaltung und Wertigkeiten führen zum Beispiel zu einer „normalen“ Wahrnehmung der „Anderen“ als Kriminelle. Als die Polizei die NSU-Morde mit der Verwicklung der Opfer in Geldwäscherei oder Drogengeschäften in Verbindung brachte, wurde das in der Öffentlichkeit kaum von jemandem in Frage gestellt, denn diese rassistischen Bilder sind normal. Ebenso war es okay, Mordopfer öffentlich als „Döner“ zu erniedrigen und zu entwürdigen. Doch dies ist nur in eine Richtung möglich. Stellen Sie sich vor, nachdem ein weiß-Deutscher ermordet wird, schreiben die Zeitungen über „Kartoffel-Mörder“: In diese Richtung gedacht, ist es undenkbar. In Deutschland herrschen rassistische Wertigkeiten von Menschen, deren Leben und ihre Würde.

?: Ist die Situation für die Opfer und deren Angehörige besser geworden oder nur anders? Du hast dargelegt, dass in den Berichten über den NSU-Komplex so gut wie nie die Perspektive der Opfer einen Platz hatte.

!!: Wie ich bereits erläutert habe, wurden die Betroffenen und Hinterbliebenen durch die Selbstenttarnung der Nazis entkriminalisiert. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass diese „Erleichterung“, die es für die Betroffenen – trotz der Umstände – gewesen sein muss, nicht durch die Arbeit der Polizei zustande gekommen ist, sondern durch die Selbstenttarnung und damit durch die aktive Handlung der Nazis.

Viele Migrant*innen haben dadurch ihr Vertrauen in das Versprechen des Rechtsstaats verloren. Wie können sie nach all den Ereignissen der Polizei, dem Verfassungsschutz und all den anderen Institutionen und Behörden, die angeblich zum Schutz aller Menschen da sind, vertrauen? Wie können sie sich vor Gewalt sicher fühlen?

Auch der Prozess, in den viele Migrant*innen ihre Hoffnung auf Gerechtigkeit gesetzt hatten, scheint nur Enttäuschung für die Betroffenen zurückzulassen. Denn die wichtigsten Fragen werden nicht aufgeklärt sein: Welche Rolle hatte der Staat, der Verfassungsschutz? Wer und wie viele waren an den Morden und Anschlägen beteiligt? Warum wurden diese Personen als Opfer gewählt?

Also von einer Besserung der Situationen der Betroffenen oder der gesamten migrantischen Community kann man in keinem Fall sprechen. Der NSU-Komplex bringt vieles ans Tageslicht, das in unserer Gesellschaft falsch läuft, aber nur Wenige schauen so genau hin.

Dass der Verfassungsschutz und der BND nach dem NSU-Fall finanziell und personell aufgestockt wurden, ist meiner Ansicht nach ein falsches politisches Fazit aus den Ereignissen.

?: Jetzt würde ich gerne einmal zeitlich zurück gehen. Die Pogrome der 1990er Jahre waren in vielfacher Hinsicht erschreckend. Einmal selbstverständlich, weil Menschen getötet wurden, aus rassistischer Motivation. Aber auch, weil Neonazis mit „Normalbürgern“ also Anwohner*innen vor laufenden Kameras Häuser in Brand setzen konnten und offensichtlich niemand sie stoppte. Du sagtest in deinem Vortrag, dass es damals wenigsten Reaktionen der Zivilgesellschaft darauf gegeben hat (Stichworte: Demonstrationen, Lichterketten, „Aufstand der Anständigen“) und dass Du das heute vermissen würdest. Immerhin gab es im Jahr 2016 über 3500 Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte gegeben mit 560 verletzten Menschen – und das sind nur die offiziellen Zahlen. Wie erklärst Du Dir, dass es keine großen Demonstrationen oder ähnliches gibt? Allerdings gibt es viele Initiativen, die Geflüchteten helfen. Ist das ein Indiz für Engagement gegen Rassismus?

!!: Ein Aufschrei, den es spätestens nach der Selbstenttarnung hätte geben müssen, blieb aus. Viel früher hätte der Schweigemarsch „Kein 10. Opfer“, der bereits im Mai 2006 in Kassel stattfand, stärker unterstützt und getragen werden müssen. Denn damals hatte die migrantische Community diese klaren Zusammenhänge erkannt und richtig gefordert: „Kein 10. Opfer“. Allerdings wurden ihr Wissen, ihre Analysen und ihre Worte nicht gehört und leise gedreht. Es gab keine große Unterstützung außerhalb der Community.

Die Parallelen der Ereignisse der 1990er Jahre und den heutigen Verhältnisse sind besorgniserregend, aber gleichzeitig nachvollziehbar, wenn man bedenkt, welche politischen Konsequenzen damals 1993 gezogen wurden und welche gesellschaftliche Aufarbeitung seitdem stattgefunden hat. Die politische Antwort auf die Pogrome war die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, d.h. die Politik kam den Forderungen der „besorgten Mehrheitsgesellschaft“ nach. Und was die Aufarbeitung angeht: Ich habe während meiner Schulzeit nichts über die Pogrome gelernt. Ich habe mich selbst in der Auseinandersetzung mit Rassismus mit den Ereignissen der 1990er Jahre beschäftigt.

Für die wichtige Hilfe für Geflüchtete gibt es sicherlich viele Beweggründe, die von den Individuen und ihren Lebenszusammenhängen abhängt. Jedoch würde ich den Einsatz gegen Rassismus nicht als einen der Hauptgründe sehen.

[...] Das gängige Verständnis von Rassismus, das mir häufig in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen begegnet, zeigt, dass keine grundlegende Auseinandersetzung mit Rassismus existiert. Rassismus wird oft mit „bösen“ Rechten und individuellen Einzeltaten heruntergespielt. Rassismus aber ist ein Machtverhältnis, das auf verschiedenen Ebenen einer Gesellschaft wirksam ist. In dieser Struktur sind bestimmte Gruppen privilegiert und andere benachteiligt. Der Einsatz gegen Rassismus beginnt meiner Meinung nach genau hier: in der Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien. Wo stehe ich in der rassistischen Struktur? Was wird mir alles allein aufgrund meines Namens, meiner (vermeintlichen) Religionszugehörigkeit etc. erleichtert? Wie bin ich durch die rassistische Struktur privilegiert? Wie trage ich zu dieser Struktur – gewollt oder ungewollt – bei?

Erst mit solch einem Bewusstsein und Wissen kann ich von einem Einsatz gegen Rassismus sprechen, und dann kann der Einsatz durchaus in der Unterstützung und Hilfe für Geflüchtete sein. Aber ohne diese Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien, der eigenen Positionierung und dem Bewusstsein um Rassismus, kann jeder Einsatz, insbesondere die Hilfe für Geflüchtete, die rassistische Struktur bestärken: Wie begegne ich Geflüchteten? Bemitleide und paternalisiere ich sie? Welche (unausgesprochenen) Erwartungen richte ich an deren Verhalten und an ihre Reaktion auf meine Hilfe? Kurz: Es gehört ein kritisch-reflektiertes Bewusstsein über Rassismus und seiner Funktionsweisen, um sich wirklich gegen Rassismus einzusetzen.



?: Was können wir also machen?

!!: Zunächst ist es wichtig, sich nicht entmutigen zu lassen. Es gibt so viele Initiativen und Personen, die sich mit aller Kraft gegen diese Struktur einsetzen und eine Verbesserung herbeiführen wollen. Und genau hier, in diesem Widerstand besteht die Möglichkeit der Veränderung. An dieser Stelle sei die Arbeit und der Einsatz der Initiativen wie „Keupstraße ist überall“ (Köln), „Initiative 6. April“ (Kassel), „Mord verjährt nicht“ (Rostock) oder NSU-Watch erwähnt.

Darüber hinaus braucht es vor allem auch die öffentlich-politische Auseinandersetzung um Rassismus. Wir müssen zunächst verstehen, was Rassismus ist und wie er funktioniert und wozu er dient, um ihn angehen zu können. Solch ein Wissen müsste beispielsweise in den Bildungsinstitutionen etabliert werden. Und dabei denke ich nicht nur an die Schüler*innen, sondern vor allem an die Lehrenden. Diese müssen ebenso fortgebildet werden.

Die größere Herausforderung besteht aber in der Auseinandersetzung mit sich selbst. Sie führt zu allem Weiteren und eröffnet neue Möglichkeiten. Die riesengroß wirkende Struktur und Politik können wir vielleicht nicht von heute auf morgen verändern, aber den eigenen Einflussbereich, die eigene Welt kann jede Person selbst gestalten. Dazu gehört, sich selbst zu informieren, zu recherchieren und dieses Wissen zu vermitteln.

Eine der wichtigsten Handlungsstrategien sehe ich in der Stärkung und Sichtbarmachung migrantischer Stimmen in der Gesellschaft, denn sie haben das Wissen um Rassismus, weil sie es im Alltag erleben und erfahren. Der NSU-Fall hat gezeigt, welche Konsequenzen es haben kann, wenn ein zentraler Teil der Gesellschaft auf stumm geschaltet wird. Sie sind und bleiben Teil dieser Gesellschaft und deswegen müssen neue Normalitäten her!

Geflüchtete bleiben Rassismus vertreiben

So lautet das Motto der diesjährigen Demonstration gegen die Sonnenwendfeier der Nazis in Eschede auf Hof Nahtz am 24. Juni. Beginn ist um 15 Uhr Bahnhof Eschede (Nordseite, also erst einmal durch die Unterführung gehen), Ende ca. 18 Uhr. Die Demonstration ist angemeldet vom DGB Nord-Ost Niedersachsen und organisiert von den im Netzwerk Südheide organisierten Gruppen.

Seit den 1990er Jahren finden auf dem Hof des Bauern Nahtz Nazitreffen statt. Es handelte sich dabei um sogenannte Brauchtumsfeiern, wie Sonnenwendfeiern und Erntedankfeiern. Das ist schon fürchterlich genug, denn diese Treffen sind – auch wenn sie in Eschede selber kaum wahr genommen werden (wollen) – keine reine Vergnügungsveranstaltungen und schon gar nicht „Privatvergnügen“. Denn diese Treffen strahlen nach außen: Bei den Feiern werden Kontakte geknüpft und gepflegt, das gemeinsame, rassistische Weltbild wird zelebriert und so innerlich gestärkt ziehen die Nazis vom Hof – auf zu neuen Taten.

Die Rechtspopulisten schüren Angst und sie wissen genau, was sie machen. Und es ist nicht alleine die Angst vor „denen da oben“, vor allem in Europa, sondern ganz besonders schüren sie Angst vor sog. „Überfremdung“. Da sehen sich dann diejenigen in ihrem Tun bestätigt, die ihre gefühlte Überlegenheit in rassistischen Angriffen ausleben. Im vergangenen Jahr hat es in Deutschland mehr als 3500 Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte gegeben. Dabei wurden 560 Menschen verletzt, unter ihnen 43 Kinder. Zudem wurden 217 Mal Hilfsorganisationen oder freiwillige Geflüchteten-HelferInnen attackiert.

Die Organisator*innen rufen dazu auf, wachsam zu bleiben und nicht aufzuhören, den Nazis die Stirn zu bieten. Nur dort, wo Nazis ihre Ruhe haben, machen sie sich breit – wohl auch in der Annahme, dass das Dulden ihres Denkens und Handelns von der Mehrheitsgesellschaft eine Akzeptanz bedeutet. Lasst uns den Nazis gemeinsam zeigen, dass sie sich irren.

"Zum Finkenberg" in Eschede ist eine öffentliche Straße

Am 02.04.2017 fand ein Spaziergang in Eschede statt. Das alleine ist wirklich nicht spannend. Interessant wird das Ereignis dadurch, dass rund 20 Menschen, denen das Nazitreiben auf Hof Nahtz entschieden auf die Nerven geht, sich außerhalb der festen Termine der Demonstrationen anlässlich der Sonnenwendfeiern und des Erntefests aufgemacht haben, um ihrem Unmut über die Nazitreffen Ausdruck zu verleihen. Außerdem wollten sie einfach mal ihr Recht in Anspruch nehmen, eine öffentliche Straße zu benutzen. Bei jeder Demoanmeldung wird so getan, als wäre die Straße „Zum Finkenberg“ eine No-Go-Area, das Betreten wird strengstens untersagt. Kein Wunder, dass Nahtz und seine Kameraden mit ihrem Treiben weitermachen, wenn sie so in Ruhe gelassen werden und diese auch noch geschützt wird. Eine gute Aktion, die hoffentlich weiter geführt wird. Hier die Pressemitteilung der Spaziergänger*innen:

Seit Jahren finden in Eschede mehrmals im Jahr Demonstrationen gegen Nazitreffen in Eschede bei dem dort ansässigen Landwirt und NPD-Mitglied Joachim Nahtz statt.

Einige gemeinsame Veranstaltung der im Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus organisierten Gruppen

GEFLÜCHTETE BLEIBEN RASSISMUS VERTREIBEN!

ESCHEDA, 24.06.2017

15:00 Uhr AUFTAKTKUNDGEBUNG
Eschede nördlich des Bahnhofs Hermannsburger Str

15:45 Uhr KUNDGEBUNG
Eschede, "Zum Finkenberg"

LIVE MUSIK:
KUTLU YURTSEVEN
VON DER MICROPHONE MAFIA

Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede

Redebeiträge zum Thema Geflüchtete, Rassismus, Neofaschismus und Rechtspopulismus von Vertreter_innen verschiedener Initiativen
Musik, Kaffee, Kuchen

— Schluss mit den Nazitreffen! —

Und seit Jahren ist es so, dass der Protest gegen die menschenverachtende Ideologie und Indoktrination von Kindern und Jugendlichen, die dort praktiziert wird, weit außerhalb von Sicht- und Hörweite des Ortes des Geschehens stattfinden muss. Menschen von außerhalb, die sich dem Protest anschlossen, aber auch Celler*innen waren z.T. der Meinung, dass die Zufahrt zum Hof ein Privatweg sei. „Nein! Es handelt sich um eine öffentliche Straße!“.

Und so hat sich eine Gruppe von Menschen, die sich gegen das Treiben auf Hof Nahtz stellen, am Sonntag, dem 02.04.2017 zusammengefunden, um auf dieser öffentlichen Straße spazieren zu gehen und sich auch einmal direkt vor Ort einen Eindruck zu verschaffen, wie und wo der Hof Nahtz liegt. Dieser liegt wirklich sehr ruhig am Ortsende, so dass es vielen Eschederinnen und Eschedern scheinbar auch nicht schwer fällt, das dortige Treiben zu „übersehen“.

Aber an diesem Sonntag war dann die Ruhe des NPDlers und seiner Familie gestört. Dass wirklich einmal der Weg genutzt wird und sich vor seinem Hofgelände auf der öffentlichen Straße Menschen, die sich gegen die Propaganda und Aktionen der extremen Rechten äußern, aufhalten, scheint Familie Nahtz so nicht zu kennen.

Joachim Nahtz samt Anhang hielten sich vor ihrem Haus auf, sie liefen hektisch hin und her, als die Spaziergängerinnen und -gänger anhielten. Ein großer Hund wurde geholt (das Grundstück hat keinen Zaun), und als die rund 20 Spaziergängerinnen und -gänger schon längst auf dem Rückweg waren, hörten sie immer noch das Gezeter, das vom Hof Nahtz kam.

Also: die Straße Zum Finkenberg ist eine öffentliche Straße, auf ihr können alle Menschen spazieren gehen, Fahrradfahren oder auch mal stehen bleiben und schnackeln.

„Everyday I Have The Blues“

Roberto Morbiolis MORBLUS im Herzog

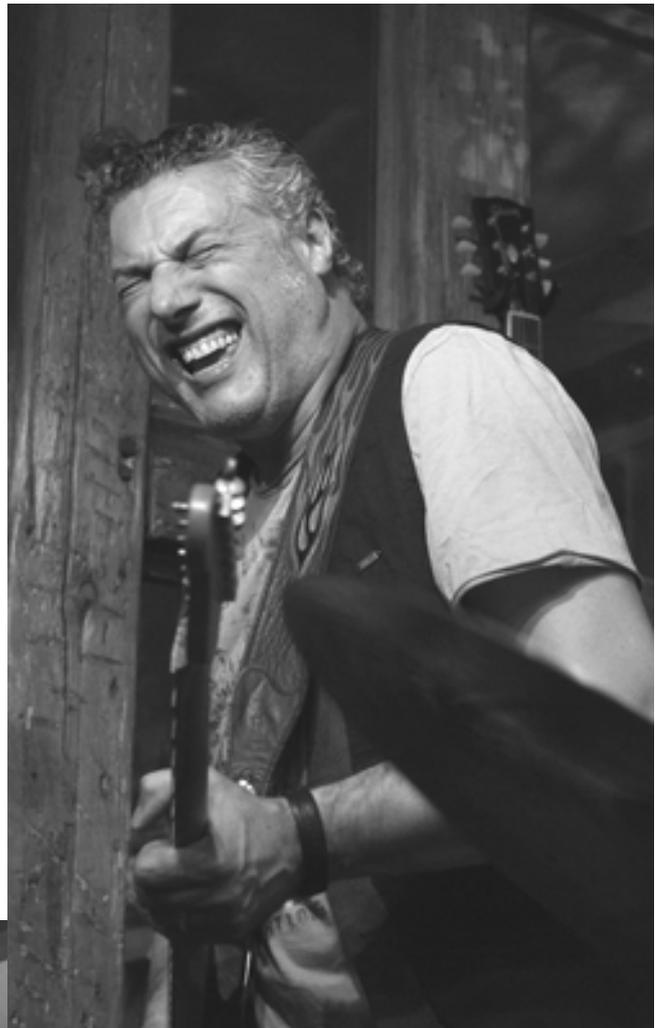
Fast fünf Jahre war „Morblus“ nicht mehr in Celle. Umso mehr freuten sich die Fans auf ihren Auftritt Anfang Mai. Diesmal hatten die Italiener ihren Hammond-orgelspieler zu Hause gelassen und kamen im Trio, mit dabei also der Bandleader, Sänger und Gitarrist Roberto Morbioli, der Bassist Stefano Dallaporta und der Drummer Nicolò Taccori.

Auch ohne Orgel machte das Trio einen sehr kompakten Eindruck. Morbioli hat technisch alles drauf, was einen guten Gitarristen ausmacht, und vieles, was ein guter Sänger braucht. Dallaporta war gerade bei den Walking-Bass-Figuren anzumerken, dass er auch Jazz spielt. Taccori ist neben seinen Engagements bei Morblus in Italien auch für andere Bands ein gefragter Tour- und Studio-musiker.

Der Abend hatte einige Höhepunkte. Seine gesanglichen Qualitäten bewies Morbioli zum Beispiel bei der Ray Charles-Nummer „I Believe“. Da muss man sich erst einmal herantrauen; aber Morbioli zeigte dabei nicht nur emotionale Tiefe, sondern mit Scatgesang auf seinen Gitarrenfiguren auch eine sehr jazzige Seite. Von seinem Äußeren nicht nur wegen der Telecaster an Bruce Springsteen erinnernd, überrascht er dann auch noch – z.B. seiner eigenen Komposition „I Play My Blues“ – mit einer Kopfstimme.

Morbiolis Gitarrenspiel hat eine erstaunliche Bandbreite: Selbstverständlich hat er den Blues der Könige in den Fingern – von B.B. über Freddy bis zu Albert, dessen „Everyday I Have The Blues“ zum Standardreper-toire gehört. Seine Soul- und Funkriffs bekommen einen besonderen Kick dadurch, dass er sich immer mal wieder des Fingerpickings bedient – wobei es dann fast wie ein

kleiner Zaubertrick wirkt, wenn mitten im Spiel das Plektrum wieder auftaucht. Und sogar leicht jazzig wird's zwischendrin mal, etwa bei Robben Fords „Start It Up“, das Morblus in einer sehr eigenen, swingenden Version präsentierten.



Fotos: Wolfgang Hestermann



Dallaporta und Taccori nutzen die Räume, die das Trio-Format bietet. Der Bassist hat mit seinem Fender-Precision einen sehr druckvollen Ton, wobei man andererseits merkt, dass Dallaporta auch auf dem Kontrabass zu Hause ist. Bei Taccori merkte man schnell, dass dieser Schlagzeuger alles spielen kann – und dies zur Freude der Band und der Besucher*innen dann auch noch spielerisch vorführte.

Versuch, sich seinen Nazi-Vater von der Seele zu Schreiben

Hans Nolte – ein Nationalsozialist in Diensten der CZ

Die Generation der noch im Krieg Geborenen zieht Bilanz. Dabei kommt sie nicht umhin, sich mit der Rolle ihrer Eltern im Nationalsozialismus zu befassen. Das verspricht einiges. Sitzen die Kinder – zumindest jene aus bürgerlichen Familien – doch auf Schätzen: Fotos, Briefe, Entnazifizierungsunterlagen, Prozessakten. Im Fall von Hans-Hagen Nolte kommt eine Sammlung der Artikel seines 1908 geborenen Vaters Hans Nolte hinzu.

Der schon 1932 in die NSDAP eingetretene Journalist war seit 1939 „Schriftleiter für Politik, Wirtschaft und das unter dem politischen Teil stehende Feuilleton“ der Celleschen Zeitung. Parallel bekleidete er das Amt des Kreispreseamtsleiters der NSDAP.

Auch während seines Einsatzes in der „Waffen-SS/Leibstandarte Adolf Hitler“ blieb er dem Heidestürmer mit Beiträgen für die „Celler Kriegsbriefe“ treu. Nachdem die CZ 1949 ihr Erscheinen wieder aufnehmen durfte, musste Nolte zwar noch einige Monate warten, war dann aber von 1951 bis zur Rente 1973 als Sportredakteur tätig. Als weltanschauliche Spielwiese erhielt er die wöchentlich erscheinende Seite „Fern doch treu“, die mit Berichten über die verlorenen Ostgebiete die revan-

chistischen Träume der Leser*innenschaft bediente. Als freier Mitarbeiter schrieb er noch bis zu seinem Tod 1978 Filmkritiken.

„Messerscharf. Versuch, sich seinen Nazi-Vater von der Seele zu schreiben“ ist der Titel des Buches, das Hans-Hagen Nolte jetzt im Eigenverlag herausgebracht hat. Der 1944 geborene Autor machte auf dem HBG Abitur und war bei seiner Pensionierung Leiter der Ikarus-Grundschule in Lachendorf. Herausgekommen ist ein Erinnerungsbuch, das genauso viele Fragen aufwirft, wie es beantwortet.

Ein Problem beim Erzählen über den eigenen Vater ist die Distanz. Der Autor versucht diese Distanz zu finden, indem er seine subjektiven Kindheitserinnerungen einem „kleinen Hagen von Tronje“ auferlegt (der Nazi-Vater gab seinen Kindern Namen aus der Nibelungensage), um als Hans-Hagen sein frühes Erleben zu reflektieren. Leider gehört zu seiner Bewältigungsstrategie auch ein humoristischer Sound. Das konnte vielleicht noch bei Kempowskis „Tadellöser & Wolff“ in den 1970er Jahren funktionieren. Angesichts der vergangenen 30 Jahre historisch-kritischer Aufarbeitung des Nationalsozialismus wirkt der Tonfall heute verharmlosend. Ein Beispiel:

„In großen Zeiten darf man nicht im kleinen Glück verharren, zumal wenn der „Führer“ anhebt, einen Krieg gegen den „ganzen Planeten“ anzuzetteln. Das mussten auch Helmi und „Pürzilein“ (Waltraud) einsehen. Der „Führer“ brauchte den „Vati“.“ (131f.)

Im Nürnberger Prozess wurden die Waffen-SS wie auch die allgemeine SS wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verbrecherischen Organisationen erklärt. Einheiten der "Leibstandarte Adolf Hitler" waren u.a. beteiligt am "Malmedy-Massaker", bei dem 72 amerikanische Soldaten erschossen wurden, obwohl sie sich bereits ergeben hatten. Bei der Rückeroberung Charkows, bei der auch Nolte beteiligt war, töteten Angehörige der SS-Einheit eine große Anzahl Verwundeter und Gefangener. Auch in Italien gehen Massaker und Massenmorde auf ihr Konto. Im „Kriegstagebuch“, das Nolte bis Ende 1943 führte liest sich das so:

„Die ganze Zivilbevölkerung ist [zum Ausheben von Panzergräben] aufgeboten. Zwei Russen kneifen aus und stolpern in wilden Sprüngen querfeldein. Wir knallen drauf. Der eine wirft sich noch einmal hoch, dann liegt er. Der andere hat Tot gemimt und ein Landser holt ihn zur Rollbahn, wo kurzer Prozess mit ihm gemacht wird.“

Dem Autor ist klar, dass der Vater sich hier an einem Kriegsverbrechen aktiv beteiligt hat. Im trauten Familienkreis waren die Verbrechen kein Thema, auch wenn der Vater mitgebrachte Freunde seiner Kinder in den



1950er Jahren immer mit dem Bekenntnis überfiel: „Ich war bei der Waffen-SS, Leibstandarte Adolf Hitler!“

Angst, zur Verantwortung gezogen zu werden, hatte Nolte in der Nachkriegszeit aber anscheinend nur als Adolf Eichmann in Jerusalem der Prozess gemacht wurde. Denn die Wohnung der Noltes im in den 1970er Jahren abgerissenen Trüller-Haus vor der heutigen Stadtbibliothek, fanden Treffen von Alt-Nazis statt, die Eichmann bei seiner Flucht nach Argentinien halfen. Aber Noltes Name fand im Prozess keine Erwähnung.

Eichmann lebte bekanntlich unter dem Namen Otto Henninger zwischen 1946 und 1950 als Waldarbeiter und Hühnerhalter in Altensalzkoth. Diese Episode in Eichmanns Leben ist aus der Literatur weitgehend bekannt. Auch die Rolle von Luis Schintlholzer, der schließlich Eichmann in jenem DKW-Cabriolet nach Italien fahren sollte, in dem auch der kleine Hagen mit „Onkel Luis“ die eine oder andere Runde drehen durfte. Bisher unbekannt allerdings war, dass die alten Nazis sich im Wald beim Forsthaus Kohlenbach, also in Eichmanns Nachbarschaft, bei „geselligen Sommercamps“ zu Vorträgen traf. Das Foto auf dem Titelbild zeigt Hans Nolte am Rednerpult. Auf zwei anderen Fotos, die nicht veröffentlicht sind, soll auch der spätere Zahnarzt und Sportfunktionär Günther Volker zu sehen sein, nach dem das Stadion des TuS-Celle benannt ist, sowie unter den Zuhörer*innen die CZ-Redaktionssekretärin Anneliese Stankuweit.

Wie sich der Sportredakteur „*die Gesinnung und den Schneid [...] auch nach der Zeitenwende nicht abkaufen*“ ließ, beschreibt Hans-Hagen Nolte im letzten Fünftel des Buches. Von der Verteidigung der Angeklagten im Malmedy-Prozess, der Reinwaschung nationalsozialistischer Schriftsteller und revanchistischen Opfermythen hielten sich die Kinder im Hause Nolte interessanterweise fern. Sie weigerten sich, seine Artikel zu lesen: „*Sobald sie nur halbwegs eigene Gedanken zustande brachten, gingen sie alle drei „von der Fahne*“.“ Leider fällt der Autor in den humoristisch-familiären Plauderton, der Aufklärung verhindert und insoweit vielleicht auch als Schutzschild dient. Denn eine Frage ist doch: Wie lösen sich Kinder von einem Vater, der an seiner nationalsozialistischen Gesinnung festhält? Und gesellschaftlich gefragt: Welche Erklärungen ergeben sich aus dem familiären und kleinstädtischen Mikrokosmos dafür, dass sich ein Nazi bis in die 1970er Jahre hinein anerkanntes Mitglied einer Stadtgesellschaft sehen darf?

Trotz der benannten Schwächen gibt das Buch einen Einblick, wie Nazi-Karrieren sich in kleinstädtischen Milieus – wenn auch nicht ganz bruchlos – in der Bundesrepublik weiterentwickeln konnten. Das „*Warum*“ lässt sich nur erforschen über die Analyse der gesellschaftlichen Institutionen, die das möglich machten. Dazu gibt es auf lokaler Ebene bisher eigentlich nichts.

Hans-Hagen Nolte: Messerscharf. Versuch, sich seinen Nazi-Vater von der Seele zu schreiben. Celle 2017. ISBN: 9783741899560, 352 S., 18,49 Euro.



Politische Häftlinge stellten mindestens die Hälfte der Gefangenen im Konzentrationslager Bergen-Belsen. Unter ihnen befanden sich deutsche Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen und bürgerliche NS-Gegner*innen. Die meisten politischen Häftlinge kamen aus den von Deutschland besetzten Ländern in Europa – vor allem aus Polen, der Sowjetunion, Frankreich und Belgien. Sie alle trugen auf ihrer Häftlingskleidung als Abzeichen den roten Winkel der politischen Gefangenen.

Viele politische Häftlinge starben in Bergen-Belsen. Die Überlebenden setzten sich nach dem Krieg für ein friedliches, freies und solidarisches Europa ohne Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus ein. Doch ihr Vermächtnis droht in Vergessenheit zu geraten.

Anhand zahlreicher Dokumente und Fotos sowie exemplarischer Biographien vermittelt die von Studierenden der Leibniz Universität Hannover gemeinsam mit der Gedenkstätte erarbeitete Ausstellung einen umfassenden Eindruck von der Bandbreite der Häftlingsgruppe der politischen Gefangenen und ihrer Existenzbedingungen in Bergen-Belsen. Einen breiten Raum nimmt in der Ausstellung zudem die Frage ein, wie die Gesellschaft in den Herkunftsländern den Überlebenden nach 1945 begegnete.

Die Ausstellung wird bis zum 20. August 2017 täglich von 10 bis 18 Uhr im Forum der Gedenkstätte Bergen-Belsen präsentiert.

Die Grenzen des rechten Aufstands

Prof. em. Dr. Hajo Funke am 8. Juni, 19.00

Der Politikwissenschaftler Hajo Funke macht mit seiner neuen Studie deutlich, wie sich wichtige Repräsentanten der AfD mit den Hetzer*innen um Pegida oder bekannten Aktivist*innen des gewaltbereiten Rechtsextremismus verbinden, austauschen und die Radikalisierung der Partei vorantreiben. Der Rechtsruck zeigt sich im Besonderen in der Islamfeindlichkeit und der beabsichtigten Einschränkung der Religionsfreiheit – einem klaren Verfassungsbruch. Die AfD will eine andere Republik. Man kann nicht umhin, von einem neonazistisch inspirierten völkischen Nationalismus zu sprechen.

Do., 08.06.2017, Kunst & Bühne, Nordwall 46

Veranstalter sind der Arbeitskreis Ausländer, das Diakonisches Werk Celle sowie das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Der Eintritt ist frei.



Im Wald und auf der Heide # 17

Spargelzeit oder vor dem 33. Spieltag

Sie wäre sicherlich begeistert, dass sie sich an diesem verwunschenen Ort zum Spargelessen verabredet hatten! Tief in Glückseligkeit versunken, in Gedanken bei der Vorstellung, mit ihr zusammen über den Rand des von zerlassener Butter glänzenden Tellers die Sonne untergehen zu sehen, hatte er schon mal die Getränke bestellt.

Als der letzte Kunde aus dem Aldi trat - wie zum Hohn mit 2 kg Spargel unterm Arm - war ihm klar, dass sie nicht mehr kommen würde.

Er beschloss den Abend mit einer Curry-Bockwurst/Pommes/Mayo und der inzwischen warm gewordenen Cola, die Hitze stieg vom Beton auf, müde wirkende Birkenzweige bestärkten ihn in seiner Traurigkeit und ein Hauch von Asparaginsäure umwehte die Buchsbäume.

Kaum auszudenken, sollte jetzt noch Werder am Wochenende gegen Hoffenheim verlieren.



Nicht valide abschätzbar

Die AfD-Fraktion im Rat interessierte sich für die Kosten des Ausbaus des Nordwalls wie auch dafür, wann mit einem Baubeginn zu rechnen sei. Bislang seien für Grunderwerb 2.904.610 € zuzüglich Vertragsdurchführungskosten investiert worden. Weiter heißt es: „Es wurden seit Ankauf im Hinblick eines anstehenden Abbruchs der Gebäude keinerlei Instandhaltungsmaßnahmen an den Objekten vorgenommen. Es ist also davon auszugehen, dass der aktuelle Marktwert der angekauften Gebäude bei weitem nicht dem Ankaufspreis entspricht und dass die Gebäude bei weiterem stetigen Verfall, weitere Wertverluste erleiden werden.“

Bevor es losgehen kann, müssen noch die Immobilien Nordwall 2, Nordwall 8, Nordwall 6 sowie die Immobilien Nordwall 20, 20a, 21, die sich im Eigentum einer Eigentümergemeinschaft befänden, erworben. Der Realisierungsbeginn der Maßnahme hänge, so die Verwaltung, vom Voranschreiten der Grunderwerbsverhandlungen ab: „Dies ist derzeit nicht valide abschätzbar.“



III-Revista-Mini-Golf-Open

Glänzend poliert lockt der Cup, von euch erobert zu werden. Am Freitag, den 14.07., startet um Punkt 16.00 Uhr das „III. revista Mini-Golf-Turnier“ - gespielt wird auf der Anlage des 1. BGC Celle am Hallenbad, auf dessen website (<http://www.bgc-celle.de/>) ihr euch z.B. einen Pistenplan herunterladen könnt.

Das Startgeld beträgt 10 Euro, davon bezahlt der Veranstalter (also wir) das Eintrittsgeld – den Überschuss steckt der Veranstalter (also wir) in die eigene Tasche (selbstverständlich zur Finanzierung der Druckkosten).

Neben dem Pokal werden für die Plätze 2. - 5. weitere Sachpreise ausgelobt.

Wer stellt sich dieser sportlichen Herausforderung? Wer verschafft sich Eingang in die Bestenlisten der Ewigkeit?

Bei der Teamwertung müssen sich zwei Spieler*innen unter einem Teamnamen anmelden, gewertet wird die Addition des Einzeldurchgangs.

Protestwelle gegen G20 in Celle

Das Celler Bündnis für einen gerechten Welthandel wie auch der „AK No G20“ des Bunten Hauses machen im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg noch eine Reihe von Veranstaltungen.

Zur Demonstration am Samstag, den 8. Juli, gibt es aus Celle keinen Bus – d.h.: Die günstigste Möglichkeit besteht darin, Gruppen zu bilden und mit dem Niedersachsenticket nach Hamburg zu fahren. Die Demonstration wird nach jetzigem Stand ab 11 Uhr auf dem Deichtorplatz (Nähe Hauptbahnhof) mit einer Auftaktkundgebung beginnen. Mit dem Metronom, Abfahrt 8:06 kommt ihr sehr pünktlich an, mit dem Zug eine Stunde später verpasst ihr den Anfang der Auftaktkundgebung, aber nicht viel mehr. Rückfahrmöglichkeiten gibt es jeweils drei Minuten vor der vollen Stunde. Wer nicht von vornherein eine Gruppe bilden kann, sollte sich am besten eine halbe Stunde vor Abfahrt auf dem Bahnhof einfinden.

Jean Ziegler – Der Optimismus des Willens

Mittwoch, 7. Juni, 19.30 Uhr, Kino achteinhalb

Seit den späten 1960er-Jahren hat sich der Schweizer Soziologe, Politiker und Aktivist Jean Ziegler als international bekannter Kapitalismus- und Globalisierungskritiker profiliert. Das von kritischer Empathie getragene Porträt begleitet ihn auf einer Reise nach Kuba. Wobei in der Konfrontation mit dem Alltag einer ehemals sozialistischen Gesell-

schaft im Umbruch Risse in Zieglers Utopien zutage treten. Ein sanfter, aber unmissverständlicher Film über die Mühen der politischen Ebene und Ideologiekritik durch die alltägliche Praxis. - Der Film dauert 96 Minuten, der Eintritt beträgt 5 Euro.

Beyond the red lines

Mo., 12. Juni, 21 Uhr, Buntes Haus (Open Air)

Beyond the red lines ist die Geschichte einer wachsenden Bewegung, die „Es reicht! Ende Gelände!“ sagt, zivilen Ungehorsam leistet und die Transformation hin zu einer klimagerechten Gesellschaft selber in die Hand nimmt. - 90 Minuten, Open Air, Eintritt frei

Demo Einmaleins

Sonntag, 18. Juni, 15 Uhr, Buntes Haus

Ein Workshop darüber, was mensch vor und während einer Demonstration beachten sollte.

Info- und Mobilisierungsveranstaltung

Mo., 19. Juni, 19 Uhr, Buntes Haus

Ein Aktivist von NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd*innen) wird darüber berichten, wie sich die kurdische Bewegung in die Proteste einbringen will. In welchem Widerspruch steht z.B. der Demokratische Konföderalismus von Rojava zur kapitalistischen Moderne, wie sie von den G20 repräsentiert wird.

Europa – Ein Kontinent als Beute

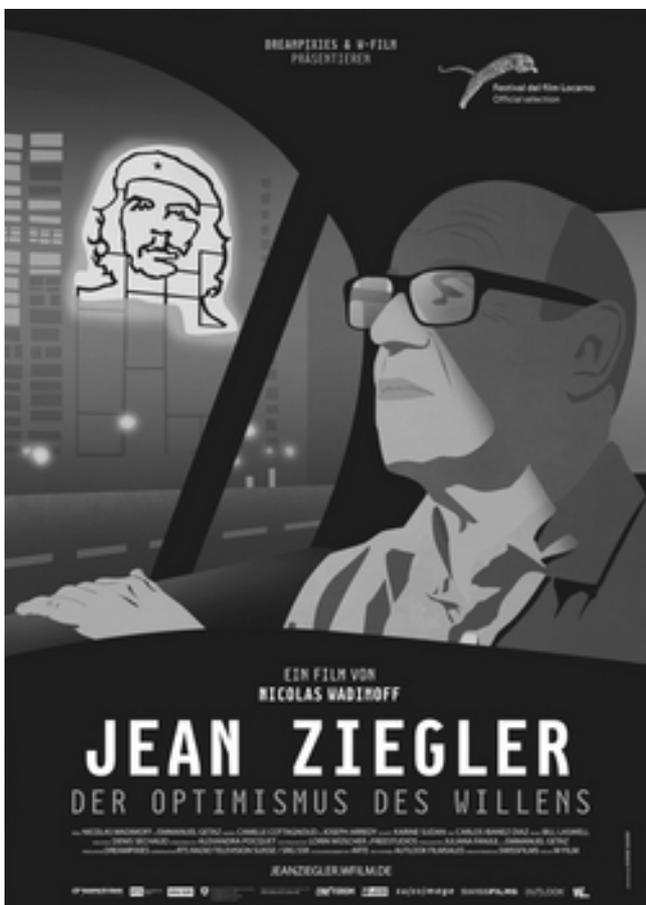
Mi., 21. Juni, 19.30 Uhr, Kino achteinhalb

Über Jahrzehnte hielt das Versprechen von Frieden und wachsendem Wohlstand die Europäer zwischen Finnland und Zypern zusammen. Doch seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 ist das europäische Projekt auf Schlingerkurs und steckt heute in seiner größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Film fragt: Wie konnte es zu dieser breiten wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und moralischen Krise Europas kommen – und wie schaffen wir es aus dieser brandgefährlichen Situation wieder heraus? Wie kann man Menschen für ein faires und solidarisches Europa gewinnen? Wie wollen wir in Zukunft in Europa zusammen leben? - Der Film dauert 78 Minuten, Eintritt: 5 Euro.

Was geschah wirklich am Piazza Alimonda?

Mo., 26. Juni, 21 Uhr, Buntes Haus (Open Air)

Im Sommer 2001 fanden sich über dreihunderttausend Menschen in Genua zusammen, um gegen den Gipfel der G8 zu protestieren. Dabei kam es zu brutalen Polizeiübergriffen und zum Tod des italienischen Aktivisten Carlo Giuliani durch Schüsse aus einer Polizeipistole. Sein Vater hat in der Dokumentation die letzten Minuten des Geschehens und rekonstruiert und widerlegt die offizielle Darstellung der Staatsanwaltschaft anhand von Fotos und Videosequenzen, die in dem Ermittlungsverfahren gegen den vermeintlichen Schützen verwendet wurden.



G20 – Teil des Problems

Die 20 Staats- und Regierungschefs, die sich am 7. und 8. Juli in Hamburg treffen werden, repräsentieren große Industrie- und Schwellenländer sowie die EU. Die Asienkrise hatte 1998 zur Etablierung des Gremiums als informelles Treffen der Finanzminister geführt.

Unter deutschem Vorsitz traf sich der heutige Teilnehmerkreis erstmals im Dezember 1999 in Berlin. Auch dass sich seit 2008 die Staats- und Regierungschefs treffen, war eine Reaktion auf eine Krise, nämlich die beschönigend Finanz- und Bankenkrise genannte Krise des globalen Kapitalismus. Mit am Tisch, ohne allerdings formell Mitglied zu sein, sitzen regelmäßig Spanien, Norwegen, die Niederlande, die Schweiz und Singapur. Auch eine Reihe internationaler Organisationen ist kontinuierlich vertreten, neben der UNO und ihrer Unterorganisation ILO (Internationale Arbeitsorganisation), dem IWF und der Weltbank auch die OECD, die WTO und der Finanzstabilitätsrat (FSR). Die Bundesregierung hat, ähnlich wie manche früheren Präsidentschaften, zusätzlich die Afrikanische Union, die „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“, die Vereinigung südostasiatischer Staaten, die Asiatisch-pazifische Wirtschaftsgemeinschaft und die Weltgesundheitsorganisation eingeladen.



Diese Zusammensetzung erscheint zwar in vielem willkürlich beziehungsweise von bestimmten politischen Sichtweisen geprägt – warum ist zum Beispiel Iran als wichtige Regionalmacht nicht vertreten oder warum ist ganz Schwarzafrika ein weißer Fleck? Aber es wird auch deutlich, dass hier ein Kreis zusammensitzt, der den Anspruch erhebt, tatsächlich den globalen Kapitalismus zu gestalten und zu reorganisieren. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der Finanzstabilitätsrat. Er ist ein direktes Gremium der G20, der in ihrem Auftrag und Namen internationale Finanzmärkte gestaltet. Ihm gehören die Regierungen der Mitgliedsstaaten sowie der regelmäßigen Gastländer (ohne Norwegen, dafür ist Hongkong dabei) an, aber auch internationale Organisationen (EZB, BIZ,

IWF, WB, OECD) und vor alle sogenannte „*internationalen Standardsetzer*“ wie der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und die Ausschüsse für das Globale Finanzsystem, für Zahlungs- und Abrechnungssysteme, für internationale Standards der Rechnungslegung, die Vereinigungen der Versicherungsaufsichts- und der Wertpapieraufsichtsbehörden. Hier verfügt die G20 also über ein tatsächlich wirksames Umsetzungsinstrument ihrer Beschlüsse, sofern sie sich denn auf solche verständigen kann.

Es wäre also verfehlt, sich von dem Showeffekt, der den Treffen der Chefs immer auch anhaftet, blenden zu lassen. Die G20 sind ein Gremium, das durchaus macht-bewusst globale Fragen nicht nur diskutieren, sondern auch die Verhältnisse entsprechend gestalten will. Sie haben viele interne Widersprüche, die durch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten eher noch zu- als abgenommen haben dürften. Nationalisten wie er oder Modi (Indien), autoritäre Regimes wie Russland, Türkei oder China, harte Neoliberale klassischen Stils wie Merkel, Abe oder May sind sich keineswegs von vorne herein einig und es ist in diesem Jahr noch fragwürdiger als in den vergangenen, ob und welche Beschlüsse das Treffen zustande bringen wird. Aber gewollt sind sie und in der Vergangenheit gab es auch einige, die die Bundesregierung weiter verfolgen will. Das betrifft zum Beispiel die Suche nach einem gemeinsamen Umgang mit Fragen internationaler Steuerpolitik. Die waren nach der Veröffentlichung der „Panama-Papers“ im April 2016 zentraler Gegenstand der Vereinbarungen der Finanzminister in Peking gewesen und sollen zu einer „G20-Steueragenda“ führen. Um deren Kernpunkte „zu identifizieren“ ist „die OECD gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds von der G20 beauftragt worden“, so die Formulierung von Datev, dem führenden deutschen Dienstleister „für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und Unternehmen“. Man merke: Beauftragt!

Die Bundesregierung beschreibt auf ihrer offiziellen G20-Webseite das Gremium „als das bedeutendste Forum für wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenarbeit“. Sie betont damit nochmals den Anspruch, den modernen Kapitalismus zu managen, seine Krisen zu bewältigen und vor allem die Weltwirtschaft, sprich die Kapitalverwertung, in Schwung zu halten. In einem Text des IWF vom November 2016, den sich das Finanzministerium auf seiner G20-Seite zu eigen macht, heißt es dazu als zentraler Grundsatz: „*Gestützt auf das Regelwerk des IWF, einschließlich makroprudenzieller Maßnahmen und der Institutionalisierten Sicht (des IWF) auf die Liberalisierung und das Management von Kapitalströmen, gilt es, Ländern zu helfen, die Erträge von Kapitalbewegungen zum eigenen Vorteil zu nutzen und dabei die finanzielle Stabilität aufrecht zu erhalten und die Risiken zu be-*

herrschen, die sich ergeben könnten.“

Das misslingt ihnen offensichtlich gründlich, und zwar nicht nur, weil sie unfähig wären, sondern weil sie die falschen Rezepte anwenden. Die Themen benennt wiederum die Bundesregierung: „*geopolitische Konflikte, Terrorismus, Migrations- und Fluchtbewegungen, Armut und Hunger sowie voranschreitender Klimawandel und Epidemien*“. Wer wollte dieser Problembeschreibung widersprechen? Wenn man allerdings auf die Lösungsansätze schaut, die von G20-Regierungen propagiert werden, dann finden wir nur alte Rezepte, die schon in der Vergangenheit ihre Untauglichkeit bewiesen haben, wie Wirtschaftswachstum, Freihandel, Schaffung privater Investitionsmöglichkeiten und in deren Folge umfassender Sozialabbau.

Auch ein genauere Blick auf die Einzelthemen lohnt sich:

* **geopolitische Konflikte:** Syrien, Irak, Afghanistan, Kongo, Ukraine, Jemen. Jedem dieser Kriege hat das Potenzial, sich noch weiter auszudehnen. An jedem sind gleich eine ganze Reihe G20-Länder beteiligt und nirgendwo verfügen sie über erfolgversprechende Ideen der Deeskalation und Friedensstiftung.

* **Terrorismus:** Terroristische Gruppen haben ihre eigene Logik und entstehen nicht einfach nur als Folge des Agierens Dritter. Aber die wesentlichste Ursache für ihre in den letzten Jahren ständig wachsende Basis liegt in der Politik der G20, nicht zuletzt in den oben genannten Kriegen.

* **Migrations- und Fluchtbewegungen:** Inzwischen weit über 60 Millionen Menschen haben nicht nur ihr Zuhause, sondern dabei auch ihr Land verlassen. Das tun sie in großer Zahl nur dann, wenn ein Leben dort unmöglich ist. Im Sommer 2015 waren die zehn wichtigsten Herkunftsländer von Geflohenen in Deutschland Syrien, Albanien, Kosovo, Afghanistan, Irak, Serbien, Eritrea, Mazedonien, Pakistan, Nigeria. In jedem dieser Länder haben G20-Staaten in den letzten Jahren Krieg geführt, regionale Konflikte akzeptiert oder verstärkt. Für jedes gilt, was Kanak Attack schon vor über einem Jahrzehnt formulierte: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“

* **Armut und Hunger:** Obwohl der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung gesunken ist, haben immer noch mehr als 800 Millionen Menschen nicht genug zum Essen. Dabei werden nach wie vor Nahrungsmittel für fast 12 Milliarden Menschen jährlich produziert. Hunger ist ein Verteilungsproblem und als solches eng mit dem Kapitalismus verbunden, in dem nur versorgt wird, wer bezahlen kann. Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, die bei den G20 regelmäßig mit am Tisch sitzen, haben mit ihren Programmen viel dazu beigetragen, dass Unterstützungsmaßnahmen für die Ärmsten, die es in zahlreichen Ländern gab, beendet wurden.

* **voranschreitender Klimawandel:** Die G20 sind für 82 Prozent der weltweiten Kohlendioxidemissionen ver-

antwortlich.

* **Epidemien:** Verarmung, Abschaffung staatlicher Gesundheitsvorsorge, ausbleibende Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation und dafür Förderung privater Organisationen wie der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung haben wesentlichen Anteil an der sich verschlechternden Medikamentenversorgung und Gesundheitssituation in vielen Ländern der Welt.



Es sind also genau die Verursacher und Antreiber all der genannten Probleme, die im Juli nach Hamburg kommen werden. Nicht nur die von Grund auf falsche Politik, sondern auch dieses Personal zeigt, dass die G20 Teil des Problems und nicht der Lösung ist. Wer sich solche Figuren einlädt, hat sich selbstverständlich auch den internationalen Protest eingeladen. Das könnte in diesem Jahr eine besondere Dynamik auslösen. Mit Hamburg findet das Gipfeltreffen erstmals seit langer Zeit wieder in einer Großstadt und in einem Land statt, in dem im Prinzip Demonstrationsfreiheit herrscht, nachdem man zuletzt regelmäßig auf irgendwelche abgelegenen Örtlichkeiten ausgewichen war. Die Konflikte in der Türkei und um die türkische Politik in der Region, die Auseinandersetzungen in der EU um Austeritätspolitik, Brexit und rechtspopulistische Bestrebungen, die starke international ausstrahlende Politisierung der US-Innenpolitik sind Momente, die eine Mobilisierung auch weit über Deutschland hinaus denkbar machen. Hamburg wäre ein Ort, an dem Bewegungen global zusammenfinden könnten, wie sie es in Seattle 1999 oder Genua 2001 getan haben. Dafür ist der Dreiklang aus Gipfel der Solidarität (5. und 6.7.), Aktionstag Ziviler Ungehorsam (7.7) und internationaler Großdemonstration (8.7.) ein Angebot, das sowohl inhaltliche Debatten als auch gemeinsame Erfahrungen auf der Straße zulässt. Schon bei Blockupy in Frankfurt war das europaweit sehr umfassend angenommen worden. Das wird, dafür gibt es schon deutliche Anzeichen, sicherlich auch in Hamburg so sein.

Mehr Infos unter:

www.g20-protest.de/

www.g20hamburg.org/

www.attac.de/kampagnen/g20-in-hamburg/startseite/

Europa, die EU und die Militarisierung der EU

Europa ist auch in Deutschland wieder in der Diskussion. Das ist gut – und auch „Pulse of Europe“ zu verdanken. Aber um was geht es eigentlich, wenn wir von „Europa“ sprechen? Die bestehenden Institutionen und Verträge der EU sind aus unserer Sicht nichts, was Hoffnung macht auf eine demokratische und sozial gerechte Zukunft. Und die aggressive Außen- und Militärpolitik der EU hat leider mit „Frieden“ nur wenig zu tun. Zwei Aufsätze von Tobias Pflüger und Malte Lühmann auf den folgenden Seiten geben einen Eindruck von der „linken“ Diskussion.

1. Die unausrottbare Ideologie: Europa

Entscheidend bei der Beurteilung der verschiedenen Vorschläge der gesamten „Europa“-Debatten, ist, zuerst einmal zu analysieren, was genau gemeint ist. „Europa“ wird häufig als Synonym benutzt für die Institution „Europäische Union“ (EU), das Staatenbündnis aus derzeit 28 Staaten. Diese Gleichsetzung hat auch ideologische Gründe. „Europa“, also die Idee, irgendwie „europäisch“ was zusammen zu machen, hat eine hohe Akzeptanz, die Institution EU dagegen hat diese Akzeptanz nicht. Wer würde es schon wagen gegen den „europäischen Gedanken“ etwas zu sagen? Diejenigen, die die Politik der Institution „Europäische Union“ verteidigen, bauen auf dieser Vermischung von Begriffen für einen Kontinent und eine Institution. Die gerade entstandene Bewegung „Pulse of Europe“, nimmt genau dieses Missverständnis als zentrales Motto: „Ich liebe Dich, Europa“, dazu wurde demonstriert. So heißt es auf der Internetseite von „Pulse of Europe“: „Wir haben ein großes Ziel: So viele Menschen wie möglich in Europa zu versammeln, die für Europa eintreten und so dazu beitragen, dass nach den Wahlen [2017] pro-europäische Kräfte mehrheitsfähig regieren können. So können wir über viele Orte eine Menschenkette durch Europa bilden, die die Länder miteinander verbindet.“

Doch wurde für die Politik der EU demonstriert? Teilweise ja, wenn es wieder bei „Pulse of Europe“ heißt, die „europäischen Grundfreiheiten“ seien „nicht verhandelbar“: „Personenfreizügigkeit, freier Warenverkehr, freier Zahlungsverkehr und Dienstleistungsfreiheit – die europäischen Grundfreiheiten – sind historische Errungenschaften, die aus Nationalstaaten eine Gemeinschaft gemacht haben. Sie sichern individuelle Freiheit und Wohlstand.“ Und dann noch: „Die Europäische Union war und ist in erster Linie ein Bündnis zur Sicherung des Friedens. Wer in Frieden leben will, muss sich für Europa stark machen.“

Gerade diejenigen, die sich abstrakt positiv auf „Europa“ beziehen, müssen mit der Realpolitik der Institution EU konfrontiert werden – und die sieht ganz anders aus, als sich das „Pulse of Europe“ und andere zusammenrei-

men. Also: Linke sollten sich ganz nüchtern mit der Institution EU beschäftigen und sich zu ihrer Politik verhalten.

Die Europäische Union steht inzwischen für Kaputtspardikate, für eine auch militärische Abschottung gegenüber Flüchtlingen z.B. durch FRONTEX und sie steht für soziale Ungleichheiten. Die Politik wird nicht unwesentlich von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten verantwortet, aber diese Politik wird auch von den Institutionen der EU gemacht.

2. Die Institutionen der EU

Doch was sind diese Institutionen der EU? Da ist zum einen der „Europäische Rat“, das ist das Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Bei außenpolitischen Fragen nimmt auch die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik teil. Abstimmungsberechtigt sind die Staats- und Regierungschefs, angestrebt wird, dass im Konsens entschieden wird, doch ist mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages ein genaues Abstimmungsverhältnis der einzelnen Staaten zueinander beschlossen worden, das Mehrheitsentscheidungen ermöglicht und die großen Mitgliedsstaaten klar bevorteilt. Der Europäische Rat legt die allgemeinen politischen Ziele und Prioritäten der EU fest, er ist also für die politischen Rahmenbedingungen der EU-Politik zuständig. Er trifft sich mindestens zweimal im Halbjahr in Brüssel. Der Vorsitz wird von einem auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten eingenommen.

Das Zusammentreffen der jeweils zuständigen Minister*innen nennt sich „Rat der Europäischen Union“ oder auch EU-Ministerrat, das wiederum ist im Gegensatz zum EU-Rat ein Organ der Europäischen Union, quasi die Staatenkammer der EU. Die „Europäische Kommission“ wiederum ist von ihrer Machtfülle vergleichbar mit Stadtverwaltungen im kommunalen Bereich. Die Europäische Kommission hat „in der Regel“ das alleinige „Initiativrecht“, das „Europäische Parlament“ und der Rat der Europäischen Union können die Europäische Kommission auffordern, ein Gesetzgebungsverfahren zu starten.

Sowohl der EU-Rat als auch die EU-Kommission bestehen aus umfangreichen Mitarbeiter*innen-Strukturen. Dort wird die eigentliche Politik gemacht. Diese Institutionen haben seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages inhaltliche Vorgaben, die in den europäischen Verträgen festgeschrieben wurden. So ist das Wirtschaftssystem klar als marktwirtschaftlich-kapitalistisch zu charakterisieren. Eine militärische Komponente der EU ist mit den geltenden Verträgen Teil des EU-Gefüges.

3. Alternative, linke Europaideen und die Realität der EU

Die alternativen, linken Europaideen beschäftigen sich wenig mit der institutionellen Realität der EU. Eine zentrale politische Frage wäre nämlich, wie soll in den verschiedenen Modellen eines anderen Europas, gemeint ist wohl einer anderen EU, mit diesen bestehenden Institutionen umgegangen werden. Sollen sie verändert, abgeschafft werden? Sollen die bestehenden Institutionen neue inhaltliche Vorgaben bekommen? Wie wird dann mit den bestehenden EU-Verträgen umgegangen? Diese Verträge waren durch ein kompliziertes Verfahren zur Grundlage der EU getrickst worden, die Referenden in Frankreich (2005), den Niederlanden (2005) und Irland (2008), die die vorgelegten Verträge abgelehnt hatten, wurden übergangen, um die jetzigen Verträge zu etablieren.

Den verschiedenen Europakonzeptionen mangelt es an Konkretheit, besonders in der Frage, was mit den realen Strukturen der derzeitigen EU passieren soll. Ein Teil der linken EU/Europa-Konzeptionen geht davon aus, dass sie einfach mit neuen Inhalten umgepolzt werden könnten. Das ist völlig unrealistisch, weil die bestehenden Verträge inhaltlich falsche Vorgaben machen, z.B. in der Wirtschafts- oder Militärpolitik. Also sind nur die EU/ Europa-Konzeptionen für ein(e) friedlichere(s), sozialere(s), etc. Europa/EU realistisch, die die bestehenden Verträge abschaffen wollen. Auf der Basis der derzeitigen Verträge ist dies nicht möglich. Wie die Verträge abgeschafft werden können, ist entweder durch ein legales langwieriges Verfahren zu bewerkstelligen, dem alle dann vorhandenen Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, was also eher nicht geht, oder durch den offenen Bruch mit den bestehenden EU-Verträgen. Das ist eindeutig realistischer. Zusammengefasst heißt das: Mit den gültigen EU-Verträgen ist kein Frieden zu machen.

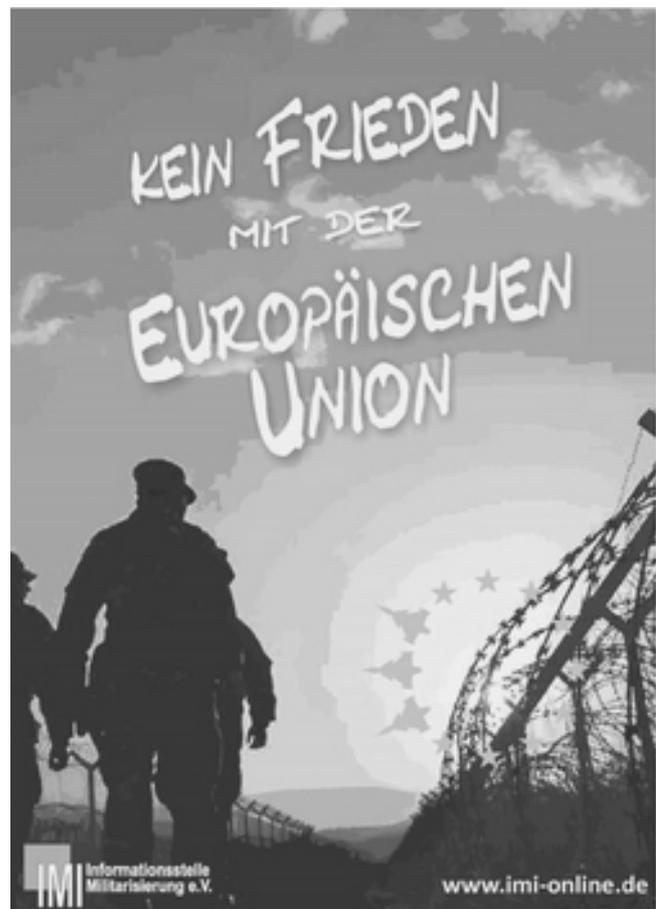
4. Die Militarisierung der EU und die linken Europa/EU-Konzeptionen

Auffallend ist, dass bei allen diskutierten Europa/EU-Konzeptionen die inzwischen aufgebaute militärische Komponente in der Debatte keine Rolle spielt. Mit den Lissabon-Verträgen ist die Europäische Union aber auch ein Militärbündnis, z.B. mit einer Beistandsklausel.

Erstmals wurde der „EU-Bündnisfall“ nach den Terroranschlägen von Paris „ausgerufen“. Wir sollten in die Debatte um die EU, um Europakonzeptionen, diesen entscheidenden Themenbereich mit einbringen. Ein(e) andere(s) sozialere(s), friedliche(re) Europa/EU ist nur möglich, wenn auf europäischer Ebene kein Militär aufgebaut und für Auslandseinsätze genutzt wird. Ein anderes Europa/ eine andere EU müssen militärfrei sein. Auch dies wird immer schwieriger politisch durchzusetzen. Wird doch inzwischen auch der EU-Haushalt für Militärisches genutzt, und nehmen die Militär- und Kriegseinsätze im Rahmen der EU immer weiter zu.

5. Opposition, was sonst?

Eine Akzeptanz der derzeitigen EU-Verträge kommt nicht in Frage, auch weil inhaltlich neoliberale und militaristische Vorgaben darin gemacht werden. Eine reformistische Umwandlung der EU und der EU-Institutionen ist – insbesondere nach dem Inkrafttreten der derzeitigen EU-Verträge – illusionäre Realpolitik. Das einzige was bleibt, ist nicht nur in den Mitgliedsstaaten der EU, sondern auch in der Gesamt-EU gegen diese EU und ihre Institutionen inhaltliche Opposition von links zu machen, das sollte dann von Aktionen gegen Kaputtsparpolitik (wie gegen Griechenland praktiziert) bis zu Aktionen gegen die Militarisierung der EU reichen. Insbesondere die Militarisierung der EU ist und bleibt zentrales Thema der Friedensbewegung und muss von uns in die linken Debatten um die EU und Europa mit eingebracht werden.



Die beiden Aufsätze sind aus der Broschüre „Kein Frieden mit der Europäischen Union“ der „Informationsstelle Militarisierung“. Sie beschäftigt sich sowohl mit der inneren wie auch äußeren Militarisierungsdynamik, stellt aber auch die Frage nach linken Perspektiven angesichts einer immer aggressiver agierenden EU-Politik.

Die Broschüre (64 S.) kann gratis heruntergeladen unter <http://www.imi-online.de/> oder in zum Preis von 3,50 Euro (zzgl. Porto) bzw. 3 Euro (ab 9 Ex. zzgl. Porto) bestellt werden. Bestellungen bitte an imi@imi-online.de

Ein Mosaik linker Europakonzeptionen?

Spätestens mit der Eurokrise, der Troika-Politik und der autoritären Umgestaltung Griechenlands sollte auch den Letzten klar geworden sein: Die EU ist eine Instanz, die unsere Lebensrealität direkt beeinflusst und aktiv gestaltet. Damit sollte sich auch politisch die Frage beantwortet haben, ob sie ein wichtiger Akteur ist der mit entsprechender Aufmerksamkeit beobachtet und behandelt werden muss. Und tatsächlich erleben wir seit Kurzem eine neue Europadebatte in der (deutschen) Linken, angetrieben durch die Gründung gleich mehrerer Organisationen, Kampagnen und Netzwerke von DiEM25 bis Blockupy.

Falsche Freunde und Feinde

Zunächst eint alle Initiativen, dass sie in gewisser Weise auf zwei große Herausforderungen reagieren, denen sich linke Politik in Europa aktuell ausgesetzt sieht: Auf der einen Seite ist das der keineswegs abgeschlossene Ausbau der EU zu einer antisozialen und militarisierten Wettbewerbsunion. Dieser Trend ist zwar keineswegs neu, hat aber im Zuge der Krisenpolitik ab 2007/2008 wieder deutlich an Fahrt aufgenommen. Dazu trugen zuletzt der Präsidentenbericht zur „Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion“ aber auch die konkurrierenden Pläne Wolfgang Schäubles bei, den ESM [Europäischer Stabilitätsmechanismus] zu einem „Europäischen Währungsfonds“ aufzuwerten, der die Euro-Peripherie disziplinieren könnte. Der im Zuge des Brexit angestoßene Rüstungsschub und der Aufbau eines europäischen Hauptquartiers komplettieren dieses Bild.

Auf der anderen Seite stehen die falschen Feinde der EU, die Rechtspopulisten bzw. Rechtsradikalen von der AfD (Deutschland), über den Front National (Frankreich), Jobbik (Ungarn), bis hin zu UKIP (Großbritannien) und vielen anderen. Sie kritisieren die genannten Entwicklungen aus einer nationalistischen und – zumindest im Fall der deutschen AfD – auch aus einer ordoliberalen [marktwirtschaftlichen] Perspektive. Zudem ist ihr wirtschaftspolitischer Nationalismus verbunden mit einem rassistischen Weltbild und einer entsprechenden Kritik an der europäischen Migrationspolitik, egal wie sehr diese schon seit Jahren auf Abschottung setzt. Mit ihrem Programm feiern die rechten Feinde der EU nicht nur Umfragen- und teils auch Wahlerfolge, sie haben damit vor allem schon jetzt großen Einfluss auf die öffentliche Debatte und die herrschende Politik.

Während also die Integration in gewohnter Richtung voranschreitet und sich das Lager der rechten EU-Feinde weiter formiert, sucht die Linke von reformistisch bis radikal in Deutschland und darüber hinaus nach Antworten auf diese Herausforderungen. Erfreulicherweise wird die Landschaft der Positionen in dieser Debatte zunehmend unüberschaubar, zumal wenn man den Blick nicht auf

Deutschland oder ein anderes Land beschränkt. Ich möchte hier fünf Positionen herausgreifen und kurz darstellen, insbesondere um zentrale Konfliktlinien aufzuzeigen, die dabei erkennbar sind.

Fünf linke Positionen zu EUropa

Den Anfang machte schon 2012 ein Aufruf vornehmlich aus dem Gewerkschaftslager, der unter dem Titel „Europa neu begründen!“ eine Weiterentwicklung der EU einfordert. Dem seither mehrfach aktualisierten Aufruf sind mittlerweile Konferenzen und zuletzt eine Streitschrift unter demselben Titel gefolgt. Aktuell gehören Frank Bsirske (ver.di), Gesine Schwan (SPD), Axel Troost (Die Linke) und Hans-Jürgen Urban (IG Metall) zu den prominentesten Protagonist_innen der Initiative. Ziel ist eine Reform der EU, die zu einer stark vergemeinschafteten Sozialunion ausgebaut werden soll. In Deutschland ist diese Position deshalb interessant bzw. – je nach Blickwinkel – problematisch, weil sie als Vorbild für die Europapolitik einer potentiellen Rot-Rot-Grünen Regierung nach der Ära Merkel angesehen werden kann.

Eine ähnlich parteinahe Initiative ist der „Plan B für Europa“, der ebenfalls hauptsächlich durch Aufrufe und Konferenzen entwickelt und propagiert wird. Unter diesem Banner treffen sich Akteure aus verschiedenen europäischen Linksparteien, angefangen bei Jean-Luc Mélenchon (Front de Gauche, FR) und Oskar Lafontaine (Die Linke), aber auch griechische und italienische EU-Parlamentarier_innen sind mit von der Partie. Sie argumentieren, dass die (parlamentarische) Linke in Europa nicht noch einmal – wie Syriza in Griechenland – in die Falle laufen dürfe Regierungsverantwortung zu übernehmen, ohne glaubhafte Alternativpläne zum Euro und dem neoliberalen EU-Währungsregime parat zu haben. Neben dem Plan A, einer Demokratisierung der EU, müsse es daher einen Plan B für den linken Ausstieg aus der EU geben, auch um ein Druckmittel in künftigen Verhandlungen in der Hand zu haben. Die bisherigen Überlegungen drehen sich entsprechend um eine alternative Finanz- und Wirtschaftsarchitektur für die EU, das vom Vorläufer des Euro, dem Europäischen Währungssystem (EWS) inspiriert ist und den Mitgliedsstaaten mehr politischen Handlungsspielraum eröffnen soll.

Nachdem er sich zunächst bei der Plan B-Initiative engagierte, hat der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis im Februar 2016 die Gründung einer neuen paneuropäischen linken Bewegung bekannt gegeben. DiEM25 („Democracy in Europe Movement 2025“) bringt auf der einen Seite viel Bewegungsprominenz und bekannte Namen zusammen, darunter Noam Chomsky, Susan George, Katja Kipping, Vivienne Westwood und eben Yanis Varoufakis. Auf der anderen Seite schließen sich Menschen sowohl online als auch in lokalen Grup-

pen z.B. in Berlin oder Barcelona der Bewegung an. DiEM25 hat mittlerweile nach eigenen Angaben fast 30.000 Mitglieder. Die Bewegung weist dabei viele Parallelen zu Attac auf und verfolgt das Ziel, die EU transparenter und demokratischer zu machen. Konkret wird etwa gefordert, die TTIP-Verhandlungen offen zu legen oder Ratssitzungen künftig live im Internet zu übertragen. Bis zum Jahr 2025 strebt DiEM25 zudem die Wahl einer europäischen Volksversammlung, in der über die Zukunft der EU beraten werden soll.

Jenseits aller Reformpläne für die Europäische Union wird das Thema Europa auch in der radikalen Linken intensiv diskutiert. Ein wichtiger Katalysator für die bundesweite und europäische Vernetzung sind die seit 2013 stattfindenden Proteste des Blockupy-Bündnisses gegen die europäische Krisenpolitik am Hauptsitz der EZB in Frankfurt und zuletzt 2016 in Berlin. Blockupy vereint vor allem Gruppen aus Deutschland von der Partei die Linke, über Attac, bis hin zur interventionistischen Linken und Ums Ganze. Beteiligung gibt es aber unter anderem auch aus Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Frankreich. Während zunächst der Protest gegen die herrschende Politik und die Ablehnung der neoliberalen EU im Vordergrund stand, ist in den vergangenen Jahren auch ein Diskussionsprozess um eine eigene Perspektive auf Europa entstanden. Einen wichtigen Schritt in der Auseinandersetzung stellt dabei das Manifest „The Commune of Europe“ dar, in dem die interventionistische Linke und die coalizione dei Centri Sociali aus Italien die Perspektive eines gemeinsamen europäischen Kampfes und einer geteilten Utopie im Geiste der Pariser Kommune von 1871 darlegen. Ziel ist die Schaffung einer „ultra-europäischen“ radikalen Bewegung.

In der linksradikalen Debatte steht den strategischen Überlegungen um die „Commune of Europe“ unter anderem eine Position gegenüber, die den Schwerpunkt auf Alltagskämpfe und ihre punktuelle Vernetzung nicht nur in Europa setzt. Aus dieser Perspektive, die sich auf die Erfahrungen zahlreicher Stadtteil- und Willkommensinitiativen, Recht-auf-Stadt-Gruppen, linke Stadtregierungen in Spanien (Ciudades rebeldes) oder Selbsthilfe- und Solidaritätsgruppen in Griechenland stützt, ist die lokale Selbstorganisation als Alternative und zumindest potentiell als Gegenmacht im Alltag zentral. Die EU spielt hier nur eine Rolle, wo sie oder ihre Politiken Teil der konkreten Auseinandersetzungen sind. Europa als Idee steht hinter dem Anspruch einer kosmopolitischen Vernetzung mit ähnlichen Gruppen und Prozessen zurück, der nicht von vornherein auf den Kontinent beschränkt sein soll.

Linke Bruchlinien

Dieser knappe Überblick erfasst zwar nur einen bestimmten Ausschnitt linker Europakonzeptionen. Schon dabei sollte aber deutlich werden, dass es einige nicht unbedeutende Meinungsverschiedenheiten gibt und keineswegs Einigkeit in der Linken herrscht. Aus den beschriebenen Positionen gehen zumindest drei grundle-

gende Konfliktlinien in Bezug auf Europa und die EU hervor: Erstens die Frage, ob die EU-Institutionen grundsätzlich reformierbar sind, oder ob die Europäischen Verträge gebrochen, aufgekündigt oder schlichtweg missachtet werden müssten, um linke Politik in Europa zu ermöglichen. Zweitens die Frage, ob eine Orientierung auf Regierungspolitik (als Ziel des Protests oder im Kampf um linke Parlamentsmehrheiten) überhaupt zielführend ist, oder ob die Kraft der europäischen Linken auf radikale Alternativen bzw. auf das Führen von Alltagskämpfen und den Aufbau von Gegenmacht fernab der Parlamente zu richten sei. Drittens die Frage ob EU-Kritik und mögliche Austrittsperspektiven in einem Land zu entwickelt sind, oder ob es darauf ankommt, eine paneuropäische Bewegung aufzubauen.

Vor einigen Jahren sprach Hans-Jürgen Urban von der Mosaik-Linken, in der sich Gewerkschaften, linke Parteien, NGOs, Bewegungen und Basisgruppen mit ihren ganz unterschiedlichen Sicht- und Handlungsweisen zusammenfinden oder zumindest progressiv ergänzen könnten. Angesichts dieser Konfliktlinien und ihrer grundsätzlichen Bedeutung erscheint es zumindest fraglich, ob in der Europafrage ein solches Mosaik entstehen kann bzw. ob das überhaupt wünschenswert wäre.

Was bedeuten nun diese Entwicklungen für die antimilitaristische, Antikriegs- und Friedensbewegung? Im Kontext der Arbeit der Informationsstelle Militarisation (IMI) ist zunächst festzuhalten, dass seit den Anfängen einer kritischen Beschäftigung mit der Europäischen Union Ende der 1990er viel passiert ist. Das Umfeld, in dem die IMI und andere ihre Stimme gegen die fortschreitende Militarisation der EU erheben, ist weniger einsam geworden. War der Verfassungsvertrag von 2004 und die Kritik daran noch ein relatives Nischenthema, so ist die Europäische Union mittlerweile Gegenstand breiter (nicht nur) linker Debatten. Gleichzeitig ist es bisher auch den Antimilitarist*innen nicht gelungen die Ablehnung der EU in ihrer heutigen Form, die Vision einer radikal anderen, friedfertigen Gesellschaft und die nach wie vor wirkmächtige europäische Idee (Überwindung von Grenzen und friedliches Zusammenleben) in eine politische Form zu gießen. Die Anknüpfungspunkte und die Notwendigkeit für entsprechende Bemühungen werden allerdings immer mehr.

Links zum Text:

- „Europa neu begründen!“: <http://www.europa-neubegrunden.de/>
- „Ein Plan B für Europa“: <https://www.euro-planb.eu>
- „DiEM25“ <https://diem25.org>
- „The Commune of Europe“ [http://www.thecommu-
neofeurope.org/](http://www.thecommu-
neofeurope.org/)
- „Der Aufbau linker Gegenmacht braucht eine strategische Orientierung auf Alltagskämpfe“. In: Reader zur Strategiekonferenz der interventionistischen Linken. April 2016. URL: [http://www.interventionistische-
linke.org/sites/default/files/attachements/stratko_reader_0
50416.pdf](http://www.interventionistische-
linke.org/sites/default/files/attachements/stratko_reader_0
50416.pdf)



Kino 8 1/2 im Juni

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



02. und 03. Juni

Victoria Männer und andere Missgeschicke

Ein Ehepaar in Teheran, das an einer Inszenierung von Arthur Millers „Tod eines Handlungsreisenden“ mitwirkt, muss Hals über Kopf seine Wohnung verlassen und findet Unterschlupf in Räumen, die zuvor einer als Prostituierte diskreditierten Mieterin gehörten. Als die Ehefrau abends die Wohnungstür offen lässt und von den Nachbarn bewusstlos vorgefunden wird, gerät die Ehe in eine schwere Krise. Das von subtilen Metaphern durchwebte Beziehungs-drama reflektiert die Probleme eines gebildeten Paares aus dem iranischen Mittelstand, das mit Fragen um Scham, Bloßstellung und Ehrgefühlen konfrontiert wird. Der fantastisch gespielte und elegant inszenierte Film spiegelt kunstvoll das Scheitern an den Geschlechterrollen; die packende Tätersuche entlarvt er als zweiten Akt einer Entmachtung im Ringen um Wahrheit, Rache und Vergebung.

Iran 2016, Kinostart: 2. Februar 2017, 123 Minuten

Mittwoch, 07. Juni, 19.30

Jean Ziegler Optimismus des Willens

Seit den späten 1960er-Jahren hat sich der Schweizer Soziologe, Politiker und Aktivist Jean Ziegler als international bekannter Kapitalismus- und Globalisierungskritiker profiliert. Das von kritischer Empathie getragene Porträt begleitet ihn auf einer Reise nach Kuba. Ein sanfter, aber unmissverständlicher Film über die Mühen der politischen Ebene und Ideologiekritik durch die alltägliche Praxis.

Schweiz/F 2016, Filmstart: 23.03.2017, 96 Minuten

09. und 10. Juni

Rückkehr nach Montauk

Ein Schriftsteller kommt für ein Wochenende nach New York, um seinen neuen, autobiografisch gefärbten Roman vorzustellen, in dem es um eine vor Jahren gescheiterte Liebe geht. Er besucht seine einstige Geliebte, um seinen Gefühlen für sie nachzuspüren, wobei er während einer Reise mit ihr ans Meer bei Montauk mit unerwarteten Einsichten konfrontiert wird. Eine melancholische, vorzüglich gespielte und inszenierte Annäherung an existenzielle Probleme

von Alter und Tod, Selbstzweifel und die Befangenheit in gelebten Rollen. Volker Schlöndorffs sehr persönliche Verbeugung vor Max Frisch bewegt sich souverän auf der unscharfen Grenze von Fiktion und Realität.

D/F/Irland 2017, Kinostart: 11.05.2017, 106 Minuten

16. und 17. Juni

Beat Beat Heart

In einem abgelegenen Ort in der Uckermark hängt eine Frau Anfang 30 gedankenvoll einer verlorenen Beziehung nach, während sie ein leerstehendes Haus zu einem neuen Lebens- und Kulturraum umbaut und sich mit den Lebensveränderungen ihrer unerwartet angereisten Mutter konfrontiert sieht. Eine leichtfüßig und mitunter improvisierte Beschreibung von Menschen, die beim Lieben, Leiden und endlosen Gesprächen um sich selbst kreisen. Mit geringem technischem Aufwand inszeniert, lebt der Film von seiner Leidenschaft für sein freies, darstellerisch vorzüglich umgesetztes Erzählkonzept und vermittelt dabei ein hohes Maß an Authentizität und echten Gefühlen.

Regisseurin Luise Brinkmann aus Berlin ist am Freitag zu Gast im achteinhalb.

Deutschland 2016, Kinostart: 27. April 2017, 87 Minuten

Mittwoch, 21. Juni, 19.30

Europa - ein Kontinent als Beute

Die Legitimitätskrise der Europäischen Union entlarvt die Idee einer prinzipiellen Wertegemeinschaft zunehmend als Illusion, die reale Machtverhältnisse kaschieren soll. Das dokumentarische Essay zeichnet ein beklemmend dichtes Szenario über die fundamentale Krise der Demokratie. Mitunter polemisch und mit einer Tendenz zu anti-amerikanischen Verschwörungstheorien, analysiert der Film die Folgen der Entpolitisierung und Ökonomisierung des öffentlichen Raumes, der Privatisierung und der Instrumentalisierung der Medien sowie die vorausseilende Machterweiterung der Exekutive. Ideen, die mit demokratischen Mitteln aus dieser Krise führen könnten, finden sich nur am Rand.

Deutschland 2016, Erstaufführung: 23.02.2017, 78 Minuten

23. und 24. Juni

Jahrhundertfrauen

Eine alternde, alleinerziehende Mutter im kalifornischen Küstenstädtchen Santa Barbara fühlt sich von den Anforderungen der Pubertät ihres spät geborenen, 15-jährigen Sohns überfordert und bittet die beiden Mitbewohnerinnen ihres viktorianischen Anwesens um Hilfe. Eine humorvolle und bewegende, ebenso eigenwillig wie meisterhaft inszenierte Annäherung an das Enigma des Mutterseins. Getragen von der vorzüglichen Hauptdarstellerin, aber auch von profiliert interpretierten Nebenrollen fesselt die Beschreibung der Mutter-Sohn-Beziehung vor dem Hintergrund einer sich verändernden Gesellschaft.

USA 2016, Kinostart: 18.05.2017, 119 Minuten

www.kino-achteinhalb.de

Politik, Vorträge & Theater

Mi., 07. Juni, 19.30

Jean Ziegler - Der Optimismus des Willens

Veranst: Celler Bündnis für einen gerechten Welthandel

Kino achteinhalb, 5,00

Do., 08. Juni, 19.00

Die Grenzen des rechten Aufstands

Vortrag von Prof. em. Dr. Hajo Funke

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Veranstalter sind der Arbeitskreis Ausländer, das Diakonisches Werk Celle sowie das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus.

Sa., 10. Juni, 11.00 – 13.30

Dritte „Rundreise gegen Rechts“ des Netzwerks Südheide gegen Rechtsextremismus

Nachdem sich die letzten beiden Reisen mit der jüngeren Geschichte und mit der Widerstands gegen Neonazis und mit der Geschichte des Nationalsozialismus im Landkreis beschäftigte, steht dieses mal die Stadt Celle im Mittelpunkt.

Der kostenlose Rundgang Mit Tim Wegener und Reinhard Rohde führt an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des NS von Bedeutung waren. Er beginnt an der Synagoge, Im Kreise, und endet am Mahnmal in den Triftanlagen. Die Anzahl der Teilnehmenden ist begrenzt, daher bitten wir um Anmeldung unter: info@cellerforum.de

So., 11. Juni, 10.00 – 16.30

Exkursion „Regionale Gedenkort für Kriegsgefangene“

Im Rahmen einer Busexkursion werden „Regionale Gedenkort für Kriegsgefangene – Orte des Gedenkens, der Erinnerung und des Lernens“ drei Kriegsgefangenenfriedhöfe in der Heide besucht: Bergen-Belsen,

Fallingbostal-Oerbke und Wietzen-dorf.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung bis 2. Juni 2017 unter Tel.: +49 (0) 5051 – 4759-0 oder per E-Mail unter information.bergen-belsen@stiftung-ng.de ist erforderlich.

Treffpunkt ist der Informationstresen im Dokumentationszentrum der Gedenkstätte.

Mo., 12. Juni, 21.00

Beyond the red Lines

Dokumentation über den Kampf für eine klimagerechte Gesellschaft

Buntes Haus, Eintritt frei

Do., 15. Juni, 19.00

Vilne, Wilna, Wilno, Vilnius

Jiddische Verleger und Übersetzer deutscher Autoren im Spiegel ihrer Bücher

Ausstellungseröffnung mit Dr. Elke-Vera Kotowski, Moses Mendelssohn Zentrum für europ.-jüdische Studien

Synagoge, Eintritt frei

So., 18. Juni, 15.00

Mampf & Kampf

Demo-Einmaleins zu G20

Buntes Haus

So., 18. Juni, 16.00

Sommerfest der Synagoge

Veranstalter: Jüdische Gemeinde Celle in Kooperation mit dem Stadtarchiv und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Mo., 19. Juni, 19.00

Info-Veranstaltung zu G20

mit einem Aktivistin von NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd*innen)

Buntes Haus

Mi., 21. Juni, 19.30

Europa - ein Kontinent als Beute

Veranst: Celler Bündnis für einen gerechten Welthandel

Kino achteinhalb, 5,00

Mo., 26. Juni, 21.00

Was passierte auf der Piazza Alimonda?

Film-Dokumentation über den Tod von Carlo Giuliani während der Anti G8 Proteste 2001 in Genua

Buntes Haus, Eintritt frei

Sa., 24. Juni, 15.00

Demonstration in Eschede

Geflüchtete bleiben – Rassismus vertreiben!

Bahnhof Eschede (Nordseite, also erst einmal durch die Unterführung gehen), Ende ca. 18.00 Uhr

Anmelder: DGB Nord-Ost Niedersachsen, mehr auf S. 22.

Sa., 08. Juli, 11.00

G20 Demonstration in HH

Mehr auf S. 27-29.

Mi., 09. August, 19.00

Bürgerliche Scharfmacher - Deutschlands neue rechte Mitte - von AfD bis Pegida

Vortrag: Andreas Speit

Kaminzimmer des Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9, Eintritt frei

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Diakonisches Werk, AK Ausländer

Do., 10. August, 18.00

Gedenken an Peter Deutschmann

Eschede, An der Kirche

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Konzerte & Partys

Sa., 03. Juni, 18.00

Open Stage der CRI mit
Elephant Walk, Mutz, Olvis and the Olivairs, Sexy Chocolate, Steve Link Band, Stunnah
Bühne Stechbahn

Sa., 03. Juni, 20.00

Kalamata
Psychedelic-Stoner-Post-Rock
MS Loretta, Hafen

Elisabeth Cutler & Mats Hedberg
Antikhof Drei Eichen, Bröckel

So., 04. Juni, 11.00

Musik und Talk mit
Gospelworks, Gospel4you, Thomas Krause und Pona Bolamu, Ibtahidsch-Enselble Flüchtlingschor, Jensen & Fritze, Kreisposaunenchor
Bühne Stechbahn

Mo., 05. Juni, 17.00

Pille Palle (17.00), Sophie(l) zum Thema Jazz (19.00), Celler Nachtmusique (20.00)
Bühne Stechbahn

Di., 06. Juni, 20.00

Johnny Mastro
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 09. Juni, 19.00

Session Dima Mondellos Jazzsyndicate
Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 10. Juni, 20.00

BigBand-Doppel mit den **S'coolmasters** und der Big Band der NJIC **Tonspur**
CD Kaserne, AK 15,00

So., 11. Juni, 17.00

Carl-Hans Hauptmeyer
MS Loretta, Hafen

Mo., 12. Juni, 20.00

Leif De Leeuw Band (tbc)
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 16. Juni

Jubiläumsparty - 40 Jahre
Kaffeegarten mit
Tino Standhaft und Band
Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

Fr. / Sa., 16. und 17. Juni

Helmerkamp Open Air
Umsonst & Draußen

Nikki Puppet, Circus Rhapsody, Pure Tonic, Emerson Prime, Ella & the Jambrothers, Jon Sun, 3PM, Fresh, Largo
Herbstmarktgelände Helmerkamp

Sa., 17. Juni, 18.30

Streetparade
auf der Hauptbühne: **Sophie(l) zum Thema Jazz**
Altstadt, Eintritt frei

So., 18. Juni, 15.30

Steve Lucky & the Rhumba Bums feat. Miss Carmen Getit
Celler Schloß-Innenhof, VVK 22,00

Mo., 17. Juli, 20.00

Modern Earl
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr. / Sa., 21. und 22. Juli

Südwinen-Festival
Umsonst und Draußen

Wisecracker, Velo De Oza, The Offenders, Shawn James And The Shapeshifters, Basement Saints, Get Dead Angelika Express, Cynthia Nickschas & Friends, Powder For Pigeons, Ruperts Kitchen Orchestra, Given To Fly (Unplugged), Riders Connection, Linc Van Johnson And The Dusters, Braunschweig Pension, Dieselknecht, Markuz Walach, Valentino 66, Texas Music Massacre,

Der To, Frantic Tornado, Rich White Beggars, Marcess & Die Band Der Stunde, 5 Raumbenfenster, Mondbrüder, Kleiner Satellit, Fanfarenzug Niedersachsen u.a.

Fr., 21. Juli, 20.00

Robby Ballhause
Antikhof Drei Eichen, Bröckel,
Eintritt frei

Sa., 29. Juli

Bockpalast – Umsonst & Draußen
Bockelskamp

So., 13. August, 11.00

Jazz-Frühshoppen mit der
Big Band Celle
Kothenhof in Wieckenberg/Wietze

Fr., 18. August, 20.00

Thorsten Willer
Antikhof Drei Eichen, Bröckel,
Eintritt frei

Sa., 26. August, 20.00

An Bara Dya
Westafrikanische Rhythmen der Malinké aus Guinea
Kulturzelt der CDK

So., 27. August, 11.00

Jazz/Rock/Pop Matinee
Kulturzelt der CDK

Mo., 28. August, 20.00

Climax Blues Band
Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 30. August, 19.30

Angeprangert – Poetry Slam
Kulturzelt der CDK